

Substanzielles Protokoll 178. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 10. Dezember 2021, 21.00 Uhr bis 23.44 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiowow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Roger Föhn (EVP), Guy Krayenbühl (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 12. | 2021/368 | Weisung vom 15.09.2021:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und
Produktgruppen-Globalbudgets) | FV |
| 17. | 2021/369 | Weisung vom 15.09.2021:
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen, Darlehen oder
Kassenscheinen im Jahr 2022 | FV |
| 18. | 2021/179 | Weisung vom 21.04.2021:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Borweg, Ersatzneubau,
Objektkredit | VHB
VSS |
| 19. | 2021/246 | Weisung vom 09.06.2021:
Immobilien Stadt Zürich, Einbau einer Sekundarschule im
Radiostudio Brunnenhof, Objektkredit | VHB
VSS |
| 20. | 2021/442 | E/A Postulat von Ronny Siev (GLP) und Sven Sobernheim (GLP)
vom 10.11.2021:
Nutzung des bisherigen Büroraums der Kreisschulbehörde
Waidberg als Wohnraum | VHB |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

4731. 2021/474

Motion von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) vom 01.12.2021: Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken

Hans Jörg Käppeli (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Mit der Motion fordern wir eine Rampe von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse zur Velostation im Haus zum Falken. Der Baubeginn des Rohbaus der Velostation ist bereits für 2022 angesetzt. Es ist fünf vor zwölf. Es geht darum, dass man wenigstens rechtzeitig Vorinvestitionen tätigen könnte, damit das Projekt später nicht unnötig teuer wird oder gar verunmöglicht wird. Für das Projekt selber werden wir dann sicher mehr Zeit benötigen.

Der Rat wird über den Antrag am 5. Januar 2022 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

4709. 2021/368

Weisung vom 15.09.2021: Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 177, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Beschlüsse:

Antrag 101.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): Das Thema Bundesasylzentrum hat uns im Gemeinderat wiederholt beschäftigt. Es gibt mehrere Vorstösse dazu. Zum vorliegenden Antrag: In der Stadt Zürich gibt es sieben Klassen, die von Kindern aus dem Bundesasylzentrum besucht werden. Ein Bericht der ZHAW äussert sich zur Unterbringung der Kinder im Bundesasylzentrum. Die Kinder weisen eine Vielzahl von Belastungen auf, die sie auf der Flucht aus ihrem Heimatland erlebt haben. Auch nach ihrer Ankunft in der Schweiz stellen sich ihnen viele verschiedene Herausforderungen. Von diesen Klassen befinden sich zwei Primarklassen und eine Kindergartenklasse im Schulhaus Pfingstweid. Zudem sind vier Sekundarschulklassen im Schulhaus Limmat A untergebracht. Die Kinder haben sehr vieles erlebt, sind belastet und deshalb eine Herausforderung für den

Schulbetrieb. Dadurch ist auch die Schulsozialarbeit stark gefordert. Gleichzeitig steigen die Schülerinnen- und Schülerzahlen, was die Schulsozialarbeit allgemein fordert. Bis jetzt gibt es noch keine Schulsozialarbeit, die direkt den Bundesasylzentrum-Klassen zugewiesen wurde. Die Mehrheit findet es aber wichtig, dass spezifische Ressourcen der Schulsozialarbeit für die Bundesasylzentrum-Klassen vorgesehen sind, damit man sich um die spezifischen Anliegen der Kinder aus dem Bundesasylzentrum kümmern kann. Dies ist auch der Wunsch der zuständigen Schulpflege. Sie beziffert den Bedarf auf eine 75%-Stelle. Wir beantragen, dass die Stelle ins Budget aufgenommen wird.

Cathrine Pauli (FDP): Die Minderheit vertritt die Meinung des Stadtrats. Wir haben grundsätzlich nichts gegen eine solche Budgetposition. Es geht uns um den Prozess. Dieser sollte wie folgt ablaufen: Das Schuldepartement stellt einen Antrag ans Sozialdepartement. Dieses verfügt meist bereits über die entsprechenden Ressourcen, um relativ einfach und unkompliziert Schulsozialarbeiter zur Verfügung zu stellen. Das Sozialdepartement hat aber im vorliegenden Fall keinen entsprechenden Antrag vom Schuldepartement erhalten. Sowohl das Schuldepartement als auch wir als Minderheit sind irritiert, dass Anträge wie dieser via Budget eingereicht werden. Stadtrat Raphael Golta hat uns bestätigt, dass sein Departement Bereitschaft zeigen würde, auf solche Anfragen zu reagieren, insbesondere, wenn es sich um einen Hotspot wie das Bundesasylzentrum handeln sollte, wo die Schulsozialarbeit sicherlich wichtig ist.

S. 388	55 5500 3634 00 105	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an AOZ für besondere städtische Integrationsleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat				6 815 200 -245 500 N	Minderheit Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				47 500	6 617 200	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		Begründung:	Zweckgebundene Schulsozialarbeit-Ressourcen (25 %) für Klassen des Bundesasylzentrums			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 102.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Natascha Wey (SP): Mit der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB) haben wir bereits heute die Möglichkeit, gezielte Projekte mit Objektbeiträgen zu fördern, die der Qualitätsentwicklung oder der Qualitätssteigerung in der vorschulischen Kinderbetreuung dienen sollen. Wir sind jedoch regulatorisch eingeschränkt. Es

gibt ein Verwaltungsgerichtsurteil, das der Kommune untersagt, einen besseren Betreuungsschlüssel zu fordern als vom Kanton vorgegeben. Wir möchten trotzdem bald eine Qualitätsverbesserung erreichen. Mit dem vorliegenden Betrag möchten wir ein Pilotprojekt finanzieren, das die Möglichkeiten schafft, dass Kitas, die mit mehr ausgebildetem Personal arbeiten und mehr pädagogische Arbeit leisten, zusätzlich entschädigt werden. Diese Qualitätsmassnahme ist in keiner Form ein Widerspruch zu den beiden Motionen, die derzeit noch in der Umsetzung hängig sind und die ebenfalls mehr und bessere Qualität in der vorschulischen Kinderbetreuung fordern. Das zeigen auch die Antworten der RPK. Unser Antrag ist vielmehr der Beginn der Umsetzung. Mir erschliesst sich nicht, warum die AL und die Grünen bei diesem Antrag nicht mitziehen. Erstens ist alles, was man in punkto Qualität schneller umsetzen kann, gut und dringend notwendig. Zweitens müsste man die Massnahmen bei der Ordnungsrevision sowieso ausarbeiten. Es ist dann eine Frage der Verstetigung und erst dann nachhaltig. Die RPK-Antworten bestätigen dies. Drittens ist ein Pilotprojekt sinnvoll, damit man ein besseres Verständnis davon hat, was funktioniert, wenn wir dann die Revision angehen. Es ist nicht einfach, qualifiziertes Personal zu finden. Der Kita-Markt ist ziemlich ausgetrocknet. Ein Grund dafür sind die schlechten Arbeitsbedingungen. Das Personal hat zu wenig Zeit, um das gut zu machen, wofür es eigentlich ausgebildet wäre: gute pädagogische Arbeit. Wer möchte, dass sich die Betreuungsqualität in den einzelnen Kitas rasch verbessert und somit auch das Personal entlastet wird, sollte unserem Antrag zustimmen.

Cathrine Pauli (FDP): *Ich vertrete bei diesem Antrag die Mehrheit und die Meinung des Stadtrats. Die Minderheit fordert einen Objektbeitrag für die Verbesserung der Qualität durch mehr pädagogische Arbeit im Bereich Kita. Wir haben grundsätzlich nichts gegen dieses Anliegen. Gemäss VO KB ist es möglich, dass man eine Objektsubvention spricht. Man muss zweifellos daran arbeiten, wie die Qualität in den Kitas garantiert sein soll. Das ist sowohl die Meinung der Mehrheit wie auch die Meinung des Sozialdepartements. Aber das Sozialdepartement möchte geordnet vorgehen und zuerst die Grundlagen schaffen, die Rahmenbedingungen definieren und danach die Umsetzung angehen. Seit Anfang 2020 läuft im Sozialdepartement ein entsprechendes Projekt. Ziel dieses Projekts ist, dass langfristig und umfassend die Qualität in den Kitas garantiert werden kann. Das Ziel ist, per 1.1.2024 eine Anpassung der VO KB vorzustellen und umzusetzen. Aus Sicht des Sozialdepartements ist der Antrag der Minderheit nur ein kleiner Baustein zur Ermöglichung der Qualitätsentwicklung. Es braucht klare weitere Massnahmen durch ein systematisches Qualitätsentwicklungssystem. Der vorliegende Antrag geht jedoch den umgekehrten Weg. Man fordert zuerst Personal, und zwar nicht wenig. Es werden 45 Vollzeitstellen für die Stadt gefordert. Man hat 5 Stellenprozente pro Kita berechnet. Es gibt 337 Kitas mit 900 Gruppen in der Stadt. Das ergibt 45 Vollzeitstellen und 3,8 Millionen Franken zusätzlich im Budget. Was dabei vergessen ging: Es ist das eine, dass man den Kitas Geld gibt. Aber im Sozialdepartement muss dann auch jemand diesen Bereich managen. Jemand muss festlegen, ob eine Kita eine Berechtigung für einen Objektbeitrag hat. Früher oder später müsste somit das Sozialdepartement sowieso mit einem Nachtragskredit kommen, da es Ressourcen benötigt, um die 3,8 Millionen Franken zu managen. Man sollte bis am 1.1.2024 warten, anstatt jetzt auf dem umgekehrten Weg damit zu beginnen. In einem Jahr wird das Thema wohl im Gemeinderat behandelt. Letztendlich ist überhaupt nicht sicher definiert, wie die Qualitätssicherung stattfinden soll und wie die Umsetzung im Sozialdepartement sein soll. Es gibt noch einige Themen, die noch gar nicht angedacht sind. Ich bin froh, dass die Mehrheit die Haltung des Stadtrats unterstützt und gegen den Antrag ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Natascha Wey (SP) hat gefragt, warum wir gegen den Vorschlag sind. Es geht um einfache prozessuale Fragen. Beiträge wie diese können im Moment nur befristet auf ein Jahr herausgegeben werden. Wenn man sieht, welche Beiträge im Rahmen der Qualitätsprojekte gesprochen wurden, sind das ganz andere als jene, die wir nun mit einer Qualitätsoffensive anstreben würden. Es macht keinen Sinn, den Kitas den Speck durch den Mund zu ziehen und zu sagen, sie würden mehr Lohnkosten finanziert erhalten, wenn man zugleich keine Garantie geben kann, dass man dies auch dauerhaft über mehrere Jahre realisieren kann. Einige Kitas müssten zusätzliches Personal anstellen. Die anderen, zum Beispiel grosse Kitas wie Globegarden, könnten das einfach abrechnen und etwas mehr Geld einnehmen. Ich verstehe nicht, warum die SP auf ein Konzept wie dieses setzen will. Die Kita-Landschaft in der Stadt Zürich und auch das Sozialdepartement stehen vor grossen Herausforderungen. Die erste Klärung, die – auch in der Kommission – stattfinden muss, lautet, ob die 121 Franken Normkostensatz den Institutionen überhaupt eine Basis für eine Weiterentwicklung bieten können. Die zweite Klärung betrifft die Aufträge, die wir erteilt haben, Qualitätssicherung zu machen, und zwar mit einer Verordnungsänderung, die das heutige System ablöst. Diesbezüglich bin ich erstaunt, dass das Sozialdepartement nicht in der Lage ist, den Turbo einzuschalten und die dazugehörige Weisung bereits 2022 zu bringen, damit man 2023 beginnen könnte. Ich verstehe diese Verzögerungstaktik nicht. Beim dritten Punkt schliesslich geht es darum, dass man in einen normalen Dialog eintreten muss und auch Wege finden muss, damit die Arbeitsbedingungen der Care-Workerinnen innerhalb der Kitas besser werden. Die Praktikumsmanie muss enden. Man sollte Ausbildungsmöglichkeiten schaffen, wie wir sie im Gemeinderat bereits für den Pflegebereich diskutiert haben. Es braucht dort die Initiative von verschiedenen Seiten. Nun an einer einzigen Ecke schrauben zu wollen, wo es eigentlich nichts bringt, würde lediglich dazu führen, dass das gesamte System nochmals überfordert ist und würde nicht die notwendigen Massnahmen einleiten. Wir wechseln deshalb zur Mehrheit.*

Natascha Wey (SP): *Eine Replik auf das Votum von Cathrine Pauli (FDP): Es war auch das gleiche Sozialdepartement, das die Antworten gegeben hatte, dass das von uns vorgeschlagene Vorgehen möglich ist. Zum Votum von Walter Angst (AL): So, wie es in den RPK-Antworten steht, sind es nicht andere Beiträge, die gesprochen werden. Es steht ausdrücklich geschrieben, dass es ein kleiner Teil einer Qualitätsentwicklung ist, mit der man danach im Rahmen der Verordnungsänderung sofort weiterarbeitet. Zum Punkt der Befristung: Natürlich ist ein Pilotprojekt befristet. Das liegt in der Natur der Sache. Aber es liegt auch in der Hand des Gemeinderats, dass er, wenn das Pilotprojekt funktioniert hat, die Befristung im nächsten Jahr für ein weiteres Jahr verlängert, bis die Revision kommt. Zur praktischen Umsetzung: Die Fluktuation in den Kitas ist riesig. Das liegt auch daran, dass die Personen jung sind und nur kurz im Beruf verweilen. Das bedeutet, dass die Kitas sowieso dauernd Stellen neu planen müssen. Eine befristete Massnahme, die kommuniziert ist, und die aller Voraussicht nach weitergeht, wäre planerisch somit zu verkraften. Stadtrat Richard Wolff hat vorhin in seiner Rede von einer Stadt gesprochen, in der Versuche möglich sein sollen. Das ist aus meiner Sicht ein guter Punkt. An die Fraktionen der AL und der Grünen: Politischer Wille sieht anders aus. Es war ein Hickhack und ein grosses Theater in Anbetracht dessen, dass der Wille sowieso nicht vorhanden war. Ich habe meine Lektion gelernt, es scheinen offenbar andere Machtmechanismen zu spielen. Ich komme dann gerüstet für nächstes Jahr.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Ich wollte mich eigentlich nicht zum vorliegenden Antrag äussern. Walter Angst (AL) hat mich aber sozusagen dazu aufgefordert. Die RPK-Referentin Cathrine Pauli (FDP) hat die Haltung des Stadtrats korrekt zusammengefasst. Unser Antrag liegt vor. Es ist klar: Wir planen aktuell keine entsprechenden Projekte. Wir haben der RPK aber aufgezeigt, was die Möglichkeiten sind, wenn man entsprechende Mittel sprechen und das Thema bereits früher angehen möchte. Es liegt am Gemeinderat, ob er den erwähnten Turbo einschalten will. Den Vorwurf, der Stadtrat mache im Bereich der Kitas kein Tempo, finde ich überraschend. Die Stadt Zürich lancierte in der Corona-Pandemie in ziemlich schneller Kadenz unterschiedliche Rettungsaktionen. Es ging darum, dass wir die Kita-Landschaft, die wir in Zürich haben, über diese Phase hinaus erhalten können. Wir waren eine der ersten Gemeinden, die sich darum kümmerte. Es spricht für uns und für die Massnahmen, dass wir es auf eine Art und Weise erledigt haben, bei der man heute bereits nicht mehr daran denkt, dass wir das damals tun mussten und wie schnell es vonstatten ging. Wir gingen einige Risiken ein. Es gibt da und dort rechtliche Rahmenbedingungen bei gewissen Massnahmen. In der Zwischenzeit weiss ich nicht, ob wir die Möglichkeiten heute noch hätten, die wir damals ergriffen haben. Das Verwaltungsgericht ist dem Regierungsrat in den Rücken gefallen und hat gewisse Möglichkeiten eingeschränkt. Wir haben trotzdem einiges unternommen. Es ist interessant, dass auch die entsprechenden Vorstösse zum Thema Qualität kamen, nachdem der Stadtrat sagte, man müsse in die Qualität investieren. Wir stehen tatsächlich vor einer sehr komplexen Herausforderung. Da bin ich mit Walter Angst (AL) absolut einverstanden. Wir sind als Gemeinde im heutigen Setting in der Schweiz und im Kanton Zürich ziemlich alleingelassen in der Frage, wie wir Kitas organisieren. Die Stadt Zürich ist östlich von Lausanne wohl jene Gemeinde, die in den letzten Jahren diesbezüglich am meisten unternommen hat. Das Thema Qualität ist aber auch in der Stadt Zürich noch ein ungelöstes Thema. Man könnte auch sagen, wie es Walter Angst (AL) in einem früheren Votum zum Thema Schule formulierte: In der Thematik der Eltern sind wir bereits sehr weit, beim Thema der Kinder müssen wir aber noch einiges aufholen. Wir arbeiten im höchstmöglichen Tempo daran, entsprechende Vorlagen zu produzieren. Dort ist es ein Bestandteil – und diesbezüglich habe ich Sympathie für den Antrag –, dass wir sagen, es gibt Elemente, die wir finanzieren müssen. Wir müssen dort Finanzierungsbeiträge leisten, wo die Kitas mehr in die Qualität investieren als vom Kanton vorgegeben. Anspruchsvoll ist das Winterthurer Verwaltungsgerichtsurteil, das uns nur die Möglichkeit gibt, dass wir Anreize setzen, uns aber nicht erlaubt, eigene Vorgaben zu machen. Ich hoffe, dass uns der Kanton zusätzliche Möglichkeiten geben wird. Sonst wären wir sehr beschränkt in unseren Möglichkeiten. Es ist bereits einiges im Gang. Wenn man uns das Leben schwer machen will und den Turbo einlegen will, stimmt man dem Antrag zu. Wenn man dem Stadtrat folgen will und unserem Rhythmus, so wie wir ihn geplant haben, nachgehen will, lehnt man den Antrag ab.*

S. 389	55 5500 3636 00 142	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an private Unternehmungen für familienunterstützende Dienstleistungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				6 798 900	Mehrheit
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				3 802 500	10 601 400	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
						Enthaltung
						Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
		Begründung:	Objektbeiträge für Verbesserung der Qualität durch mehr pädagogische Arbeit			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 103. bis 106.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Im GZ Heuried wurde vom Quartierverein Wiedikon kürzlich der Neuzuzüger-Anlass durchgeführt. Ich durfte an diesem Anlass die zehn schönsten Orte Wiedikons im Kreis 3 vorstellen. Diese Gelegenheit habe ich genutzt und bei den anwesenden Personen nachgefragt, was sie von den Drehscheiben halten. Das Feedback lautete: Sie würden nicht ganz verstehen, wozu die Drehscheiben dienen sollten. Wenn man die Ausschreibungsunterlagen etwas genauer studiert, sieht man, dass die Aufgaben der Drehscheiben zu 90 Prozent von den heutigen GZ und Quartiervereinen abgedeckt werden. Die Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt und den Quartiervereinen zum Beispiel stellen bereits folgende Punkte sicher: Informationsaustausch, Vernetzungsanlässe oder auch Zugang zur Verwaltung zwecks Herstellung von Kontakten. Der zweite Punkt betrifft die Kosten. Ein Beispiel: Ich bin der Kassierer des Quartiervereins Wiedikon. Der Quartierverein Wiedikon erhält jeweils 17 000 Franken von der Stadt. Damit und mit dem doppelten Betrag, den er mit eigenen Mitteln generiert, finanziert er folgende Ausgaben: Jede Woche werden News auf Facebook, auf der Webseite, auf Instagram und per Newsletter verbreitet. Jedes Jahr finden rund 20 Anlässe statt, die pro Jahr rund 1600 Besucher anlocken. Wir behandeln pro Jahr ungefähr 50 Bürgeranliegen. Das ist, wenn jemand aus dem Quartier eine Frage hat und sich erkundigt, wer in der Verwaltung ihm dabei helfen könnte. Insgesamt handelt es sich um rund 300 Personentage ehrenamtliche Arbeit, und dies für 17 000 Franken pro Jahr. Finanziell betrachtet würde eine Drehscheibe ungefähr 15 Quartiervereinen entsprechen. Das steht aus unserer Sicht in keinem Verhältnis zu dem, was eine Drehscheibe leisten sollte. Zum letzten Punkt: Das vorliegende Projekt ist eine «Quartierkoordination reloaded». Es gab schon einmal ein Projekt in diese Richtung, es trug lediglich einen an-

deren Namen. Die Idee war umstritten. Sie wurde damals auch nicht weitergeführt. Auslöser dafür war das Postulat 2016/430 von SP, FDP und GLP. Das Postulat hatte zum Ziel, Doppelspurigkeiten und Konkurrenzsituationen gegenüber den Organisationen aus den Quartieren zu vermeiden. Ebenso sollte die Eigeninitiative in den Quartieren im Zentrum stehen. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert. Deshalb sehen wir nicht ein, weshalb es die Drehscheiben braucht.

Alan David Sanginges (SP): Bevor wir zum Thema Drehscheiben kommen, erlaube ich mir noch eine Bemerkung zur Debatte von vorher. Es war aus meiner Sicht ein positives Beispiel: Eine kompetente Frau aus der SP hatte eine Idee, was man in einem bestimmten Thema unternehmen könnte, und hat entsprechende Fragen an den Stadtrat gerichtet. Der Stadtrat hat das Anliegen nicht selber beantragt, aber er gab auf die Anfrage hin Hinweise, wie man die Idee umsetzen könnte, wenn man sie weiterverfolgen wollte. So stelle ich mir die Arbeit zwischen Legislative und Exekutive vor. Im Schul- und Sportdepartement haben wir das Gegenteil erlebt. Dort mussten wir in vier Runden fragen, was man tun müsste, wenn man einen Betrag im Budget einstellen wollte. Die Antworten lauteten, man brauche dieses und jenes nicht oder man könne es nicht berechnen. Im vorhergehenden Antrag lag nun ein tolles Beispiel vor, wie es auch funktionieren könnte. Zu den Drehscheiben: Im Jahr 2019 fand ein breit angelegter Mitwirkungsprozess in der Stadt Zürich statt, in dem die Stadt ihre Schnittstellen zur Bevölkerung in den Quartieren überprüfte. Als wichtiges Anliegen aus diesem Prozess kam die Aussage, dass sich die Bevölkerung mehr Anlaufstellen und Begegnungsorte im Quartier wünscht. Derselbe Wunsch tauchte auch beim Mitwirkungsverfahren zur Altersstrategie auf. Dort zeigte sich, dass ältere Menschen Anlaufstellen und Zugang zu lokalen Organisationen und städtischen Angeboten benötigen. Wir wollen die Arbeit der Quartiervereine nicht schmälern. Aber in Mitwirkungsprozessen kam dieser Wunsch klar heraus. Deshalb hat der Stadtrat beschlossen, basierend auf dem Mitwirkungsverfahren und dem Wunsch der Quartierbevölkerung, mit den Drehscheiben in zwei Quartieren einen Pilotversuch zu starten. Für den Pilotversuch ausgewählt wurden der Kreis 4 und 5 mit einer Drehscheibe, die durch die Stadt organisiert wird, und Altstetten mit zwei Drehscheiben, die durch Private organisiert werden. Der Pilotversuch soll während zwei Jahren extern überprüft werden. Am Schluss soll ein Evaluationsbericht erstellt werden. Danach kann man entscheiden, ob man die Drehscheiben definitiv einführen will. Dann können auch alle Fragen, wie sie nun von meinem Vorredner erwähnt wurden, geklärt werden und es wird sich herausstellen, ob man die Drehscheiben benötigt oder nicht. Die Mehrheit erachtet die Drehscheiben als spannendes Projekt, das aus der Bevölkerung gewünscht wurde und ist dafür, dass das Projekt umgesetzt wird. Es gibt gewisse Vorbehalte von der Lokalität im Kreis 4 und 5 seitens AL. Die AL wird sich dazu noch äussern. Der Mehrheit ist es nicht so wichtig, wo die Drehscheiben stattfinden. Aber sie müssen stattfinden. Wenn man nun entscheiden sollte, dass die Drehscheiben in einem anderen Quartier als 4 und 5 sein sollen, ist das für uns auch in Ordnung. Hauptsache, es gibt die Drehscheiben und man kann den Pilotversuch evaluieren, damit man nachher entscheiden kann, welchen Nutzen die Drehscheiben bringen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Ich bin einer der 100 oder 200 Teilnehmenden des Mitwirkungsprozesses in Albisrieden. Die Drehscheibe war ein grosses Thema, das bei den Quartiervereinen und den quartiervereinsähnlichen Organisationen durchaus auf Anklang stiess. Ich stand der Drehscheibe schon damals kritisch gegenüber. Diese Haltung entspricht auch der aktuellen Haltung der GLP. Die Drehscheibe funktioniert nur dann, wenn man die eierlegende Wollmilchsau findet: Die Ansprüche, die der Mitwirkungsprozess an die Drehscheibe gestellt hat, sind unvorstellbar hoch. Die

zuständige Person muss über alles Bescheid wissen, was im Quartier läuft. Sie muss wissen, wo sich im Quartier was befindet, idealerweise sollte sie zudem die Öffnungszeiten aller Institutionen kennen und wissen, welches die Ansprechpartner sind. Man wird in der Drehscheibe niemals alle Ansprüche erfüllen können, die im Rahmen des Mitwirkungsprozesses in den Raum gestellt wurden. Selbst wenn die Evaluation das Resultat zeigen wird, dass es funktioniert hat, weil man zwei Drittel der Anliegen erfüllen konnte: Die Teilnehmenden, die die entsprechenden Forderungen gestellt haben, hatten eine völlig andere Vorstellung von der Drehscheibe. Falls man wirklich jemanden finden sollte, der dies alles erfüllen kann, weiss ich nicht, ob wir uns diese Person leisten können, wenn sie derart gut vernetzt sein muss. Die GLP wird den Antrag der Minderheit unterstützen. Wir glauben nicht an die eierlegende Wollmilchsau und halten das Projekt Drehscheibe für ein falsches Versprechen an den Mitwirkungsprozess.

Samuel Balsiger (SVP): Es gab schon einmal einen Versuch, die Quartiervereine zu entmachten. Damals ging es um die Quartierkoordination. Überparteilich herrschte die Meinung, dass die Quartiervereine weiterhin ihre Position behalten sollten. Die Interessensgemeinschaft Quartiervereine im Gemeinderat trifft sich über alle Parteigrenzen hinweg und tauscht sich regelmässig aus. Die Stadt hat realisiert, dass es nicht funktioniert, wenn man die Quartiervereine entmachtet. Nun wurde sozusagen eine Kopie der Quartierkoordination erschaffen, mit einem neuen Namen. Auf diese Weise versucht man ein Verwaltungsorgan zu etablieren, um die ab und zu vielleicht auch aufmüpfigen Quartiervereine zu entmachten. Als es damals darum ging, mit der Quartierkoordination die Quartiervereine zu entmachten, wehrten sich alle. Die Quartiervereine seien historisch gewachsen und man möchte dies so weiterführen. Man sollte nun erkennen, dass der Stadtrat versucht, das gleiche Projekt unter einem anderen Namen aufzuziehen. Man sollte die gleiche Meinung wie damals kundtun, stringent bleiben, sich weiterhin für Quartiervereine einsetzen und den neuen Versuch, die Quartiervereine zu zerbrechen, ebenfalls ablehnen.

Natalie Eberle (AL): Die AL wechselt von der Enthaltung in die Mehrheit, sofern der Stadtrat bereit ist, sich nochmals Gedanken zum Umsetzungsort zu machen. Wir sind der Ansicht, dass es sich bei den Drehscheiben um eine gute Idee handelt und es sinnvoll ist, dass man einen Pilotversuch durchführt, bevor man die Drehscheiben flächendeckend einführt. Auf diese Weise wird sich zeigen, ob es die richtige Lösung ist, oder ob wir vielleicht doch etwas anderes brauchen. Alan David Sangines (SP) hat bereits erwähnt, dass in den Mitwirkungsprozessen fast einstimmig das Resultat herauskam, dass es eine Drehscheibe braucht respektive eine Tür, die sich zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung öffnet, und dass der Dialog erleichtert werden soll. Ebenso braucht es einen Ort, wo die Leute hinkönnen, und wo sie sich über die Angebote in den Quartieren informieren können. Ich arbeite an einem solchen Ort in einem Quartier. Die Entlohnung ist zwar nicht sehr gut, aber der Job ist durchaus machbar. Man kann wissen, was im Quartier läuft, wenn man vernetzt ist. Das ist einer der wichtigen Punkte, der von der Drehscheibe umgesetzt werden soll: Quartierakteure im Quartier vernetzen. Man weiss durchaus auch, wo man welche Infos holen muss. Der Job ist realistisch. Wir halten es aber für wichtig, dass man den Pilotversuch am richtigen Ort durchführt. Der Kreis 5 ist ein Ort, an dem sehr viele städtische Angebote vorhanden sind. Es gibt den Helvetiaplatz mit einer Schreibstube, wenn man etwas braucht oder wenn man Infos benötigt. Wir sind deshalb der Meinung, dass der Pilot in Quartieren durchgeführt werden sollte, in denen das städtische Angebot etwas kleiner ist und die Vernetzung nicht von alleine funktioniert. Wir möchten deshalb vorschlagen, dass man zusätzlich zu Altstetten einen Pilotversuch in einem Kreis wie zum Beispiel Seebach oder Oerlikon durchführt.

Es gab bei den Mitwirkungsveranstaltungen auch einige Quartiervereine, die sich genau dies gewünscht haben.

Sven Sobernheim (GLP): *Als Seebacher möchte ich eine Bemerkung anfügen. Der Versuch soll gemäss dem vorhergehenden Votum in zwei sehr ähnlichen Quartieren stattfinden, in Rand- oder Aussenquartieren. Wenn man zweimal das gleiche ausprobiert, verstehe ich den Sinn des Versuchs erst recht nicht mehr. Natalie Eberle (AL) führt die von ihr erwähnte Arbeit im Quartier Friesenberg aus. Dieses Quartier verfügt über eine ganz andere Struktur. Mir scheint, und das mag eine Unterstellung sein, dass diese Struktur anders ist, weil die Gemeinschaft in jenem Quartier deutlich kleiner ist. In Seebach hingegen kann man das Gebiet in rund fünf Örtlichkeiten einteilen. Es gibt Orte, die ich höchstens einmal im Jahr oder noch seltener besuche. Seebach hat 30 000 Einwohner. Zürich-Nord hat 110 000 Einwohner. Das ist eine andere Liga. Wenn sich heute eine Mehrheit für die Drehscheibe und für den Vorschlag findet, dass zwei sehr ähnliche Quartiere wie Altstetten und Seebach für den Pilotversuch ausgewählt werden sollen, bin ich noch überzeugter, dass ich in der Minderheit am richtigen Ort bin.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Die Drehscheibe, über die wir heute diskutieren, ist das Resultat eines breiten Partizipationsprozesses zwischen verschiedenen Organisationen. Es waren Quartiervereine dabei, aber auch sogenannt quartierähnliche Organisationen. Ich habe verschiedentlich ebenfalls am Partizipationsprozess teilgenommen. Es war ein spannender Prozess, es wurden sehr spannende und gute Diskussionen geführt. Es hat auch zu einer generellen Auflockerung beigetragen in Hinsicht darauf, wer die Quartiere wie vertritt. Man hat stärker akzeptiert, dass es unterschiedliche Rollen in den Quartieren gibt, unterschiedliche Geschichten, verschiedene Arten von Organisationen. Ich habe den Prozess als sehr positiv empfunden und bin der Meinung, dass wir alle davon profitiert haben. Ein Resultat davon war, dass wir die Weisung im Bereich der Quartiervereine weiterentwickelt haben, die im Präsidialdepartement angesiedelt ist. Wir haben auch einige weitere Themen aufgenommen, arbeiten daran und befinden uns in der Umsetzung. Die Drehscheiben sind eines der Themen, die aufkamen. Sie waren aber nicht nur in diesem Partizipationsprozess ein Thema. Das Anliegen tauchte auch in den Diskussionen im Bereich der Altersstrategie auf, die der Vorsteher des GUD geführt hat. Das Thema wurde auch dort aufgenommen. Deshalb haben sich die Stadtpräsidentin, der Vorsteher des GUD und ich zusammengesetzt und uns überlegt, wie man das Thema der Drehscheiben aufnehmen könnte. Wichtig ist: Es handelt sich um zwei Pilotprojekte. Wir prüfen erst einmal, was es heisst und wie wir damit umgehen. Pilotprojekte sind durchaus umstritten. Ich finde, dass es eine positive Möglichkeit ist, um ergebnisoffen zu prüfen, wohin die Reise geht. Wir haben uns für zwei Pilotprojekte entschieden, weil wir eine der beiden Drehscheibe stadtintern ausprobieren wollen, verwaltungsnah mit gewissen Vor- und Nachteilen, und es andererseits aber auch mit einer externen Organisation versuchen wollen, die einen entsprechenden Auftrag entgegennimmt. Wir schauen dann, was das Resultat ist und welches allenfalls die bessere, welches die schlechtere Variante ist. Danach entscheiden wir, wie es weitergeht und dann wird der Gemeinderat komplett darüber entscheiden können, wie das ganze Projekt weitergeht. Es ist klar, dass die Weiterentwicklung dann in der Kompetenz des Gemeinderats liegen wird. Ich selber weiss auch noch nicht, wo es hinführen wird. Das Projekt hat aber Potenzial. Ich bin überzeugt: Selbst wenn wir am Schluss vielleicht gar nicht unbedingt eine Drehscheibe umsetzen werden, wie wir sie uns heute vorstellen, bin ich sicher, dass wir wiederum – wie bereits im Partizipationsprozess geschehen – einiges darüber lernen, wie wir uns in der Zusammenarbeit mit den Quartieren weiterentwickeln. Ge-*

mäss meiner Kenntnis haben sich bis jetzt einige Organisationen für die externe Drehscheibe beworben. Es ist durchaus Interesse vorhanden und es handelt sich dabei nicht nur um Organisationen, die keine Ahnung davon haben, wie man Quartiere beurteilt und wie man mit Quartieren zusammenarbeitet. Ich bin zuversichtlich, dass wir für den Pilot eine sehr interessante Ausgangslage haben werden. Wir wurden darauf angesprochen, welche Quartiere sich beteiligen sollen. Wir haben eine Ausschreibung gemacht für Altstetten. Dieser Ort ist gesetzt. Wir würden dort auch rasch zur Umsetzung schreiten. Wenn der Gemeinderat möchte, dass man den städtischen Pilotversuch nicht im Kreis 5 durchführt, sondern in Zürich-Nord, nehmen wir diesen Vorschlag gerne auf und werden versuchen, eine Lösung zu finden. Die Frage der Räumlichkeiten müssten wir zuerst noch klären, aber wir werden uns sehr darum bemühen, dass man eine gute Lösung findet, die als Pilotversuch standhält und eine entsprechende Möglichkeit bietet. Ich bin dem Gemeinderat dankbar, wenn er dem Projekt eine Chance gibt und wenn wir alle zusammen offen sind, was bei diesem Projekt herauskommt und in einigen Jahren im Rat wieder darüber diskutieren, wohin die weitere Reise führt. Beim Stadtrat ist die Bereitschaft vorhanden, nach der Pilotphase möglicherweise auch festzustellen, dass der Pilot nicht das war, wo man hinwollte und dass man andere Lösungen ausprobieren muss. Wir sind aber auch froh, wenn vom Gemeinderat her die Offenheit besteht, dass die Idee vielleicht gar nicht so schlecht ist.

S. 392	55 5500 3636 00 267	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Drehscheibe Stadt Quartier				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
103.	Antrag Stadtrat				130 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			130 000		0 Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung:	Verzicht auf Projekt Drehscheibe			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 104.

Wortmeldungen siehe Antrag 103.

S. 409	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
104.	Antrag Stadtrat			77 488 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		65 000		77 423 000	Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung: Verzicht auf Projekt Drehscheibe				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 105.

Wortmeldungen siehe Antrag 103.

S. 410	55 5550 3102 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Drucksachen, Publikationen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
105.	Antrag Stadtrat			391 000 1 000 N	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		5 000		387 000	Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung: Verzicht auf Projekt Drehscheibe				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 106.

Wortmeldungen siehe Antrag 103.

S. 410	55 5550 3130 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Dienstleistungen Dritter	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
106.	Antrag Stadtrat				1 910 000 25 000 N	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			6 500		1 928 500	Minderheit Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung:	Verzicht auf Projekt Drehscheibe			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 107.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Patrik Brunner (FDP): Bevor nun die moralische Keule von den linken Parteien kommt, was für Unmenschen wir seien und gegen wen wir seien: Es geht beim vorliegenden Antrag weder um sexuelle Orientierung noch um Geschlecht oder irgendetwas. Das Thema lautet Eigenverantwortung. Sollen im nächsten Jahr 80 000 Franken ausgegeben werden, damit eine Gruppe von Personen Geschlechtsverkehr auf Drogen haben kann? Unserer Meinung nach geht es um Eigenverantwortung. Wenn diese Personen ein Risiko eingehen wollen, müssen sie mit den Konsequenzen leben. Alles andere wäre für die breite Bevölkerung unfair.

Alan David Sangines (SP): Das Votum der FDP war etwas inkompetent. Die FDP behauptete, mit dem Geld würde ermöglicht, dass Leute auf Drogen Geschlechtsverkehr haben können. Das ist nicht der Fall, denn sie tun dies sowieso. Die Frage ist, ob man dabei die Prävention verstärken will und dafür sorgt, dass die Begleiterscheinungen nicht allzu schlimm ausfallen. Als Chemsex wird bezeichnet, wenn bei Treffen unter Einfluss psychoaktiver Substanzen Geschlechtsverkehr stattfindet. Man konnte in den vergangenen Jahren feststellen, dass Chemsex eine Realität ist und vor allem in der Stadt Zürich zunehmend auf dem Vormarsch ist. Das Risiko dabei ist, dass sich die Menschen beim Konsum der Substanzen und damit verbundenen unsicheren Sexualpraktiken grossen Gefahren aussetzen. Problematisch ist dabei, dass vor allem Personen, die zum ersten Mal konsumieren und wenig Konsumerfahrung haben, an entsprechenden Treffen Substanzen ohne Kenntnis der Dosierung einnehmen, oft auch intravenös. So werden auch viele angefixt. Die Fachstellen registrieren eine zunehmende Problematik aus der Chemsex-Szene. Personen werden sehr schnell süchtig, verlieren ihren Job

und landen bei der Sozialhilfe. Zudem gibt es auch mehr Ansteckungen von sexuell übertragbaren Krankheiten und es kommt vermehrt zu medizinischen Notfällen in den Spitälern. Deshalb hat die Stadt in einem Pilotprojekt untersucht, wie man den negativen Begleiterscheinungen von Chemsex entgegenwirken kann, vor allem im Bereich der Prävention, um die Personen aufzuklären. Dafür hat die Stadt mit verschiedenen Fachstellen zusammengearbeitet. Der Pilotversuch konnte erste Erfolge erzielen. Es gelang, Prävention und Aufklärung zu verbessern und die Massnahmen zur sicheren Nutzung und dem Testen von Substanzen zu verbessern. Die FDP forderte übrigens kürzlich gemeinsam mit uns, dass man die Öffnungszeiten für Substanztestungen ausweitet. Dort hält sie es offenbar nicht mehr für so eigenverantwortlich, sondern für sinnvoll. Der Pilotversuch zeigt: Die Problematik ist vorhanden und eine Realität in der Stadt Zürich. Apropos Realität: Das neuartige Positionspapier der FDP zur liberalen Drogenpolitik enthält folgenden Satz: «Eine pragmatische Drogenpolitik orientiert sich an der Realität, nicht an Wunschvorstellungen.» An die Adresse aller Teilzeit-Liberalen: Man muss jetzt handeln, die Prävention ausbauen und den Risiken entgegenwirken. Aus diesem Grund ist es gut, wenn man das Pilotprojekt in ein reguläres Angebot überführt.

Weitere Wortmeldungen:

Nicolas Cavalli (GLP): Nach dem Votum der FDP scheint mir, dass die eine Hand nicht weiss, was die andere tut. Auf der einen Seite hat die FDP mit einem Postulat gefordert, dass es zur Ausweitung der Testzeiten kommt. Auf der anderen Seite möchte sie nun das vorliegende Projekt streichen. Die GLP hält das Projekt durchaus für sinnvoll. Wie bereits Alan David Sangines (SP) sagte: Die FDP forderte in ihrem Positionspapier eine schrittweise Regularisierung. Im Moment ist der Drogenmarkt nicht regularisiert. Das Testen ist ein Zwischenschritt als Kontrollmechanismus. Wenn man beispielsweise im Arzneimittelmarkt ein Produkt auf den Markt bringen will, muss es auch zuerst getestet werden. Es kann durchaus sinnvoll sein, dass man die Tests in einem regulären Betrieb weiterführt, damit man die Gefahren minimieren kann. Deshalb halten wir das Projekt für sinnvoll.

Marcel Müller (FDP): Von meinen Vorrednern wurde unser Konzept und unser Vorschlag zur Drogenpolitik angesprochen. In diesem Punkt haben meine Vorredner recht. Ich werde deshalb bei diesem Antrag anders stimmen als meine Fraktion.

S. 414	55 5560 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				62 618 800 Mehrheit
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			80 000		62 538 800 Minderheit
					Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Keine Überführung des Angebots Chemsex und deshalb auch keine Verlängerung des befristeten Vertrags		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

4709. 2021/368

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Schlussdebatte:

Dr. Davy Graf (SP): Die Budgetdebatte ist ein langer Marathon. Wir befinden uns nun kurz vor dem Schluss. Der SVP ging bereits zu Beginn die Luft aus. Sie wollte sich mit einem Rückweisungsantrag aus dem Rennen schleichen. Die FDP wiederum versuchte, überall etwas Luft herauszunehmen. Sie stellte Tabellenanträge. Letztendlich machte sie Budgetkosmetik. Mit dieser Taktik ist es schwierig, eine Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen oder Parteien zu finden. An die GLP habe ich einen Ratschlag: Das Budget abzulehnen, kann süchtig machen. Die FDP und SVP tun dies seit mehreren Jahren. Die SVP schon lange, die FDP vielleicht seit einem Jahrzehnt. Man könnte sie diesbezüglich beinahe schon als Ablehnungsjunkies bezeichnen. Dieser Weg ist eine Sackgasse. Wenn die GLP schreibt «kein Rappen mehr», nimmt sie sich den gesamten Gestaltungswillen, sämtliche Möglichkeiten. Eine hellgrüne Linie ziehen: Das muss man können. Und man muss es mit Vorsicht tun können. Das Budget ist die erste, edelste und wichtigste Aufgabe des Gemeinderats, auch gemäss Gemeindegesetz. Wir müssen ein Budget für die Stadt verabschieden, damit die Stadt auch im kommenden Jahr funktioniert. Wir von der SP übernehmen diese Verantwortung gerne und werden dies auch diesmal tun. Ich frage mich, was passiert ist, dass FDP, SVP, GLP das Budget ablehnen wollen, und welche verbrecherischen Franken oder Rappen den Ausschlag gegeben haben. Sind die Gebührenerlasse, die wir für das Gewerbe für das nächste Jahr beschlossen haben, ein Grund, jetzt wo sich die Corona-Krise schon wieder zuspitzt und die Unsicherheit wächst? Oder ist es, weil man das Pflegepersonal mit zusätzlichen Stellen entlasten will, und zwar punktuell dort, wo es wirklich nützt, bei den Stationssekretariaten und Pflegeassistenzen, und dies nach eineinhalb Jahren Dauerstress in den Spitälern? Oder weil wir mit einer Einmalzulage Dank und Wertschätzung aussprechen? Oder liegt es an der Wohnpolitik, mit mehr bezahlbarem Wohnraum, den wir schaffen wollen, mit einem bewährten Mittel der PWG, das wir nun auch für andere Stiftungen ausbauen wollen und wo wir auch einen kleinen Durchbruch in der Wohnbaupolitik erreicht haben, damit wir auch diesen Puzzlestein erweitern konnten? Vielleicht war es aber auch nur das Defizit, das diese Parteien dazu geführt hat, das Budget abzulehnen, obwohl wir uns gerade jetzt in herausfordernden und schwierigen Zeiten befinden und man deswegen auch Antworten braucht – Antworten auf diese Fragen. Vielleicht ist es auch der Ärger über verpasste Chancen. Bei der FDP vielleicht, weil sie in der Klimapolitik nicht konkret werden konnte, bei der GLP, weil sie mehr auf die Pflegeinitiative als auf tatsächliche Budgetanträge für das Pflegepersonal setzt. Es sind ausserordentliche Zeiten, aber wir konnten in den vergangenen Jahren ein Eigenkapital von über einer Milliarde Franken anhäufen. Das haben wir getan, damit wir auch die Kontinuität der Politik, die diese Stadt stark und erfolgreich macht, weiterpflegen können. Das nun vorliegende Budget gibt mir Zuversicht, dass wir im Jahr 2022 als Stadt Zürich gut aufgestellt sind. Ich bedanke mich bei allen konstruktiven Kräften im Gemeinderat, die dem Budget zustimmen werden.

Severin Pflüger (FDP): Es handelt sich um ein Budget, wie Budgets zwei Monate vor den Wahlen nun einmal gemacht werden: Es werden viele Geschenke verteilt. Eine Berufsgattung hat jedoch nichts erhalten: die Polizisten. Sie haben das ganze Jahr gearbeitet und sich für unsere Sicherheit angestrengt. Sie haben nicht nur mehr Demonstrationen begleitet als es Tage im Jahr gibt, sondern haben auch dafür gesorgt, dass es weniger Einbrüche gibt. Sie gingen kleinen und grossen Diebstählen nach, haben Familienstreite geschlichtet, waren Tag und Nacht auf der Strasse. Aber ihre Überstunden zählen nicht. Die links-grüne Mehrheit im Rat hat nichts für diese Berufsgattung getan. Vielleicht liegt es an der Vorsteherin, Stadträtin Karin Rykart. Oder es handelt sich um einen Stellvertreterkrieg zwischen dem VPOD und den Polizeigewerkschaften, der hier ausgetragen wird. Ich weiss es nicht. Was mich aber noch mehr beschäftigt: Diese Parteien haben es verpasst, ein zukunftsfähiges Budget zu erstellen. Ein Budget, das für die nächsten Jahre einen Plan vorsieht, wie wir die auf uns zukommenden Investitionen tragen wollen. Es werden gigantische Investitionen auf uns zukommen. Nicht nur das, was im Richtplan steht, sondern weit darüber hinaus. Beispielsweise Investitionen in eine Netto-Null-Gesellschaft, Investitionen in Schulhäuser und Tagesschulen, Investitionen in Energieversorgungssicherheit, Wasserkraft, Solarstrom, Windenergie oder Energiespeicherung. Die linken Parteien haben nichts in diese Richtung getan. Sie haben den Glauben, dass sich dies finanzieren lassen wird. Man kann nun den Betrieb verteuern, überall noch etwas drauflegen. Überall dort, wo die FDP mit tabellarischen Anträgen noch etwas entfernen wollte, damit es für den Rest reicht, sagten die linken Parteien Nein. Nur bei der Personalwerbung hat man uns unterstützt, und niemand weiss genau, weshalb. So geht es nicht. Wir brauchen ein Budget, das in Zukunft die grossen Investitionen stemmen kann. Ein Budget, das einen vertretbaren Selbstfinanzierungsgrad hat und das unseren Kindern nicht unendlich grosse Schulden überlässt. Dies ist nur möglich, indem man den Schnickschnack weglässt. Nur dann werden wir für diese Investitionen bereit sein. Links-Grün möchte zudem noch einige Investitionen tätigen, die gar niemand benötigt: Investitionen in den Wohnraum. Man vergoldet damit bloss Erbgemeinschaften. Man betrachte einmal die Liegenschaften, die in den vergangenen Jahren von der Stadt und durch die Stiftungen gekauft wurden und noch gekauft werden in den nächsten Jahren. Das Geld fliesst stets an Erbgemeinschaften. Man schafft diesen eine goldene Hängematte. Wofür? Damit die Liegenschaftpreise steigen und es unmöglich wird, als Privatperson Liegenschaften in der Stadt Zürich zu erwerben? Diese Spirale wird mit Staatsgeldern angetrieben. Das Geld, das wir für Investitionen, Netto-Null, Bildung und Energieversorgungssicherheit benötigen würden, wird verpulvert. Im Moment mag das noch nicht so schlimm sein. Das Defizit von 200 Millionen Franken ist angesichts des Eigenkapitals, über das wir verfügen, kein Problem und mit unserem AAA-Rating hat es auch keinen Einfluss. Aber wenn man Jahr für Jahr so vorgeht – und danach sieht es aus –, rennen wir gegen eine Wand.

Susanne Brunner (SVP): Mit Mehrheiten der SP, der Grünen und der AL haben wir in diesen zwei Tagen ein Budget mit rund 200 Millionen Franken Defizit beschlossen. Der Finanzvorsteher wird uns später noch die genaue Zahl mitteilen. Das lässt einen leer schlucken. Severin Pflüger (FDP) hat es richtig gesagt: 1,5 Milliarden Franken Eigenkapital und 200 Millionen Franken Defizit – das ist im Moment für das nächste Jahr tragbar. Aber der Hund liegt bei den wiederkehrenden Kosten begraben, die beschlossen wurden. Man hat einen Stellenausbau beschlossen, der seinesgleichen sucht. Es geht vor allem um den Stellenausbau in der Pflege und bei der Schülerbetreuung. Bei den Velobeauftragten war man diesbezüglich schon fast bescheiden. Wenn ich den Stellenausbau und die Diskussionen, die bezüglich des Pflegepersonals geführt wurden, betrachte, möchte ich an den Gesamtstadtrat und an Stadtrat Andreas Hauri appellieren, dass er die Ausgliederung der Spitäler vorantreibt, und dass er den betreffenden Fraktionen erklärt, dass man diesen Bereich entpolitisieren muss. Es kann nicht sein, dass

der Gemeinderat oder einzelne Parteien einen Stellenausbau betreiben, der langfristig nicht mehr bezahlbar ist. Es hat sich fast angeboten: Die Corona-Krise manifestiert sich jeweils in der kalten Jahreszeit stärker. Ich musste in der Budgetdebatte zum zweiten Mal den Begriff «Einmalzulage für Pflegende» hören. Es war bereits in der letztjährigen Budgetdebatte ein Thema. Korrekt wäre gewesen, von einer Zweimalzulage zu sprechen. Nächstes Jahr wird es dann eine Dreimalzulage sein, danach eine Viermalzulage. Man sollte ehrlich sein und von einem jährlichen Bonus sprechen. Der Kampf gegen die Steuererhöhung hat mit dem Budget 2022 begonnen. Der Steuerzahler hat den Kampf verloren. Der Fraktionschef der SP hat in seinem vorherigen Votum Noten an die einzelnen Fraktionen verteilt. Ich nehme diesen Faden auf. Die SP hat sich, sekundiert von Grünen und AL, am wenigsten für den Steuerzahler eingesetzt. Als Anwälte der Steuerzahler haben sich in dieser Debatte die SVP und in weiten Teilen auch unser bürgerlicher Partner, die FDP, gezeigt. Der Steuerzahler benötigt diese Anwälte, weil harte Zeiten auf uns zukommen. Bei den Themen Netto-Null, Tagesschule und Wohnen hat man das Mass verloren. Das hat auch die FDP erwähnt. Man hätte dazu auch unser Postulat zum Finanzplan unterstützen können. Noch eine Bemerkung zur Einnahmeseite. Wir haben zwei Tage über die Ausgaben und die Höhe der Ausgaben diskutiert und haben die Höhe der Ausgaben bestimmt. Über die Höhe der Einnahmen hingegen können wir nur beschränkt bestimmen – natürlich über den Steuerfuss. Im Budget wie auch im Finanzplan sieht es nach guten Zahlen aus. Sie fallen jedes Jahr höher aus. Es ist bemerkenswert, dass die Grundstückgewinnsteuern auch jedes Jahr ansteigen. Die Stadt Zürich spielt hier eine spezielle Rolle: Sie hat das Bieterverfahren beim Erwerb von Liegenschaften entdeckt. Severin Pflüger (FDP) hat es bereits erwähnt und ich teile seine Meinung: Die Preise werden in die Höhe gedrückt, insbesondere im Bieterverfahren. Wir haben gerade kürzlich wieder von Beispielen gehört, auch wenn das eine Ausnahme war, wenn der Bund als Verkäufer keine Grundstückgewinnsteuer zahlen muss. Aber es ist natürlich elegant, wenn die Stadt als potentester Erwerber von Liegenschaften auf dem Markt auftritt, die Preise in die Höhe treibt und sich dadurch wiederum eigene Grundstückgewinnsteuern in ungeahnter Höhe sichert. Der Steuerzahler ist zu bedauern. Meine Hoffnung bleibt, dass wir im Rat in den kommenden Jahren mehr Anwälte der Steuerzahler sein werden.

Felix Moser (Grüne): Wir stehen zwei Monate vor den Erneuerungswahlen am Ende einer knapp zweitägigen und damit relativ kurzen Budgetdebatte. In der aktuellen und bald vergangenen Legislatur hatte Grün-Rot seit Jahren wieder einmal eine klare Mehrheit im Gemeinderat. Das letzte Budget dieser Legislatur wird, wie es scheint, auch nur von der grün-roten Mehrheit beschlossen werden. In den vergangenen Jahren wurde das Budget auch von weiteren Parteien unterstützt. Es ist gut, dass es immerhin drei Parteien in diesem Rat gibt, die Verantwortung übernehmen. Andererseits ist es schade und für mich auch unverständlich, dass die Ablehnung auf der anderen Seite so gross ist. Das zeigt, wie weit die Beurteilungen auseinander liegen. Wer das Budget ablehnt, verabschiedet sich von der politischen Bühne und will keine Verantwortung übernehmen. Es ist mir unverständlich, wie sich eine Partei als Unterstützerin des Gewerbes aufspielen kann und dann mit der Ablehnung des Budgets die beschlossenen Massnahmen gleich wieder ablehnt. Die Verantwortungslosigkeit ist umso bedenklicher, als dass drei Stadträte von zwei der ablehnenden Parteien gestellt werden. Auch die grossen Themen wie Tagesschule oder Netto-Null scheinen die betreffenden Parteien nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Wie will der Liberalismus ohne Geld das Klima retten? Wir haben am Anfang der Debatte gehört, dass es einen Graben zwischen gewissen Parteien geben soll. Im Moment hat sich der Graben deutlich verschoben und liegt irgendwo in der Mitte. Es ist schade, dass der Graben derart breit und tief ist. Wir Grünen haben mit den anderen Parteien diskutiert. Wir haben Kompromisse gesucht. Manchmal haben wir sie auch gefunden. Bei diesem Budget fanden wir sie fast

ausschliesslich bei der grün-roten Mehrheit. Wir stehen vor den Wahlen und wir werden sehen, welche Mehrheiten nach den Wahlen möglich sind. Ich hoffe, dass die Gräben dann weniger tief sein werden, denn die grossen Probleme sollte man gemeinsam angehen. Der Haushalt der Stadt Zürich ist über 9 Milliarden Franken gross, das Defizit beträgt rund 200 Millionen Franken, und dies in Zeiten mit grossen Herausforderungen und Unsicherheiten. Für uns ist dies in der aktuellen Situation in Ordnung, denn die Stadt verfügt immer noch über ein Vermögen, das wir für Zeiten wie diese angespart haben. Das Budget ist zudem nicht die exakte Vorwegnahme der Zahlen des kommenden Jahres, sondern ein Budget. Es gibt den Rahmen vor, in dem der Stadtrat handeln kann. Der Stadtrat soll einen gewissen Handlungsspielraum haben. Die Grünen haben in diesem Budget bei einigen für uns wichtigen Themen zusammen mit AL und SP Schwerpunkte gesetzt: Qualität in der Pflege und Schule erhalten mehr Geld für Massnahmen. Zudem gibt es punktuelle Verbesserungen bei Massnahmen gegen die Klimakrise, sei es für mehr Velorouten oder für mehr Photovoltaik bei der Energieversorgung. Unser Finanzminister sagte vor zwei Tagen, es gebe keinen Grund, das Budget unnötig zu verschlechtern. Wir haben nach diesem Grundsatz gehandelt und das Budget nur dort alimentiert, wo es nötig war. Wir sind froh, dass unsere Anträge zum Budget fast immer eine Mehrheit gefunden haben. Bei den wenigen Anträgen, die abgelehnt wurden, insbesondere bei der Streichung der Sozialinspektorinnen und Sozialinspektoren, oder der Streichung von Videokameras, müssen wir darauf hoffen, dass sich entweder die Meinungen ändern werden oder dass sich im neuen Parlament Mehrheiten für solche Anliegen ergeben werden. Für uns ist das vorliegende Budget ein guter Abschluss des Jahres. Unsere Anträge haben sich in den meisten Fällen als mehrheitsfähig erwiesen. Wenn wir in einer Woche die Weisung zu Netto-Null Treibhausgasemissionen verabschieden, können und werden wir uns im neuen Jahr konkret darum kümmern, wie wir dieses Ziel erreichen wollen. Die Herausforderungen sind gross. Mit unserer Zustimmung zum Budget zeigen wir Grünen, dass wir bereit sind, diese Herausforderungen anzupacken.

Sven Sobernheim (GLP): In einem Satz in der Zeitung «P.S.» wurde Stadtrat Daniel Leupi wie folgt zitiert: «Umgekehrt sei das Budget aber auch kein Fall für Gesundheitsbeten, sprich, man sollte es möglichst nicht zusätzlich belasten.» Ich kann mir nicht erklären, wie Felix Moser (Grüne) daraus den Schluss zog, man solle nur gute Dinge ins Budget schreiben. Ich habe Stadtrat Daniel Leupi wie folgt verstanden: Man solle einfach sein Budget absegnen. Dies hat die GLP auch getan. Eine Mehrheit wollte dies jedoch nicht. Die SP hätte es in der Hand gehabt. Wir waren stets transparent. Wir haben es auch nächstes Jahr wieder in der Hand, ob wir zusammenarbeiten können. Es ist eine Verschlechterung von 22 Millionen Franken gegenüber dem vom Stadtrat budgetierten Betrag. Ich habe bis heute nicht verstanden, weshalb wir die Gebühren für 2023 senken müssen und warum wir sie grundsätzlich um 15 Prozent senken müssen. Das Defizit, das uns der Stadtrat vorgelegt hat, war für uns in Ordnung. Es ist klar: Wir haben Eigenkapital. Wir können dieses für Netto-Null oder für ein schwieriges Jahr wie dieses ausgeben. Es ist aber nicht klar, dass man in einem solchen Fall das Budget noch weiter verschlechtert. Es ist für uns auch schwierig zu verstehen, wenn man in Weisungen Rahmenbedingungen akzeptiert, sogar noch das Volk fragt, was es von den neuen Rahmenbedingungen bei der Unterstützung von Drittländern hält. In der Budgetdebatte heisst es dann plötzlich, man habe nicht gemerkt, dass auch noch Geld für eine Evaluation ausgegeben wird, man wolle das Geld für die Evaluation zwar dort belassen, aber man wolle es gleichzeitig auch den Unterstützungsländern zukommen lassen. Es ist für uns unverständlich, wenn man versucht, etwas im Budget zu verbessern, wenn man dies in den Statutenrevisionen bei den Wohninstitutionen verpasst hat. Wir werden am Mittwoch beschliessen, was die Redaktionskommission nun getan hat. Man hätte eine Neuausrichtung der Wohnbaustiftungen beschliessen können. Stattdessen versuchte

man es via Budget. Es ist für mich unerklärbar, welche Idee dahinter steckt. Ich hoffe, dass der Stadtrat keine Parallelstrukturen schaffen wird. Wer weiss, vielleicht haben wir in einigen Jahren nur noch eine einzige Stiftung und es braucht nur noch einen einzigen Antrag. Abgesehen von diesen Punkten besteht auch Grund zur Freude. So etwa konnten wir bei der Stadtpolizei über Stellenschaffungen sprechen. Insgesamt konnten wir uns in diesem Budget aber nicht über viele Punkte freuen. Wir werden eine Mitarbeiterbefragung machen. Wenn diese negativ ausfällt, wird man wohl sagen: Es war halt Corona-Zeit. Schleierhaft ist mir immer noch, wie Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart sagen kann, Schutz & Rettung Zürich wolle das Seminargebäude ARA Glatt nicht mieten. Ich frage mich bei solchen Dingen, weshalb wir überhaupt eine Budgetdebatte durchführen. Das fragte ich mich auch bei den absurden Tabellen der FDP, die sie nur erstellt hat, um eine rote Null zu erreichen. Leider hat es die FDP nicht geschafft, so viel herauszupressen, dass auch noch eine Steuersenkung möglich war. Ich betone: Wir werden Nein zum Budget sagen, entsprechend dem, wie wir vor der Debatte die Regeln aus unserer Sicht angekündigt haben. Wir werden Nein sagen, weil wir unser Wort halten und weil andere Parteien in dieser Debatte eskaliert sind. Wir sind gerne bereit, nächstes Jahr wieder darüber zu sprechen, ein vernünftiges Budget zu erreichen. Das Budget 2022 hat leider nicht zu diesem Ziel geführt.

Walter Angst (AL): Die AL freut sich zusammen mit den Grünliberalen darüber, dass wir eine Diskussion darüber führen können, wie sich die Polizei nach den Beschlüssen des Gemeinderats weiterentwickeln soll. Wir freuen uns darüber, dass mit den Budgetbeschlüssen der Einstieg in eine echte Tagesschule eingeleitet wurde. Wir finden es richtig, dass wir im Bereich Pflegepersonal, wo Schwierigkeiten bestehen, Personal zu finden und Personal zu halten, Schritte für eine Verbesserung vorgenommen haben. Wir werden sehen, wie man diese umsetzen kann. Wir sind zufrieden, dass wir an einigen Orten überschäumende Ausgaben und Vorstellungen, die nicht viel ausgelöst hätten, zurückbinden konnten. Das Jammern über die zusätzlichen 4 Millionen Franken Abschreibungsbeiträge finde ich etwas speziell. Das Budget 2022 ist, wie es ist. Es ist sicherlich nicht das, was wir uns langfristig wünschen, damit wir die künftig anstehenden Investitionen finanzieren können. Es zerstört die Stadt finanziell jedoch nicht. Es bietet sogar Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt noch zu erhöhen. Von daher sind wir zufrieden, wenn wir heute Abend nach Hause gehen können, wenn auch mit dem grossen Bedauern, dass es erstmals ein Budget ist, das nur von Links-Grün akzeptiert wird.

Ernst Danner (EVP): Wir haben einleitend gesagt, dass die EVP das Budget akzeptieren wird, das im Wesentlichen das Budget ist, das der Stadtrat vorgelegt hat. Insgesamt wurden meines Wissens bei den 107 Anträgen Verbesserungsanträge in der Höhe von ungefähr 108 Millionen Franken und Verschlechterungsanträge von 51 Millionen Franken gestellt. Nicht alle Verschlechterungen wurden angenommen. Auf ein Budget von 9,5 Milliarden Franken gerechnet haben wir nun vermutlich Verschlechterungen, die deutlich unter einem Prozent liegen. Ich bin gespannt auf die Zahlen, die uns Stadtrat Daniel Leupi in seinem Votum präsentieren wird. Bei den Verbesserungsanträgen wurde noch viel mehr abgelehnt. Mit anderen Worten: Wir haben im Rat zwei Tage nicht Finanzpolitik, sondern sachpolitische Markierpolitik gemacht. Ich möchte meine beiden Vorredner korrigieren: Das Budget wird nicht einfach von der links-grünen Mehrheit unterstützt. Es wird auch von einer Mittepartei wie der EVP unterstützt und zwar schlicht und einfach, weil wir das beschliessen, was der Stadtrat beantragt hat. Wir haben das Budget des Stadtrats auch weitgehend als vernünftig betrachtet. Wenn wir mehr Geld beschliessen, ist der Stadtrat frei, dieses Geld auszugeben oder nicht. Erfahrungsgemäss kann er vieles gar nicht ausgeben. Die vielgelobten Beträge für die Pflege werden höchstwahrscheinlich völlig wirkungslos sein, weil Stadtrat Andreas Hauri diese Beträge

gar nicht ausgeben kann. Dasselbe gilt auch für den Schulbereich. Es wurde teilweise wirklich Markierpolitik gemacht. Bei den Voten von Luca Maggi (Grüne) und Alan David Sangines (SP) kam man sich jeweils geradezu als schlechter Mensch vor. Man könnte aber ebenso in derselben Art sagen, dass sie im Sinne eines Ablasshandels ihr Gewissen beruhigen, indem sie mehr Geld sprechen. Damit ist auch niemandem gedient. Wenn ich einen Wunsch hätte, wäre es der, dass der Stadtrat mit dem Budget vernünftig umgeht. Er kann so damit umgehen, wie er es ungefähr geplant hatte, mit wenigen Korrekturen. Persönlich bedaure ich, dass der Betrag in der Höhe von einer halben Million Franken für die Polizei abgelehnt wurde. Gerade die Sicherheitspolizei hatte 2021 unter anderem mit verschiedenen Demos sehr viel zu tun und leidet nun etwas darunter. Auch das Pflegepersonal leidet. Aber bei der Polizei hat die Mehrheit etwas beschlossen, das ich nicht gut finde. Mein Wunsch für die Zukunft ist, dass man künftig etwas mehr überlegt, welche Anträge eine Wirkung haben können und welche nicht und dass wir in diesem Sinne zu mehr Realismus zurückkehren.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es kommt nicht alle Tage vor, dass jemand aus dem Rat sagt, dass das, was der Stadtrat vorgelegt habe, vernünftig sei. Dafür möchte ich mich bei Ernst Danner (EVP) bedanken. Der Stadtrat hat die Debatte mit Interesse verfolgt. Es war eine sachliche Debatte und kein grosses Theater. Meistens wurde alles auf den Punkt gebracht. So war es auch dieses Jahr wieder kurzweilig. Ich habe gehört, dass Sven Sobernheim (GLP) eine Wette zum Budget eingegangen ist. Ich weiss aber nicht ob, seine Bilanz ebenfalls so defizitär ist wie jene der Stadt. Man hörte auch von Steuererhöhungsbeschlüssen des Stadtrats auf Vorrat, von denen der Stadtrat noch nicht einmal selber etwas wusste, und dass der Steuerfuss im Jahr 2025 auf 125 Prozent liegen soll. Ich würde eine Wette eingehen, dass dies nicht der Fall sein wird. Ein Budget, wo die Witikoner nicht bei jeder Position nach vorne kommen und sich beklagen, sie seien nicht berücksichtigt worden, ist ein nicht so schlechtes Budget. Der Rat hatte Lust auf mehr Stellen – auf viel mehr Stellen. Für all das und auch für die Klimadebatte wurde mit 14 Stunden nicht gerade wenig Redezeit benötigt. Aber die Beschlüsse und Regeln des Rats zur Gestaltung der Budgetdebatte haben Wirkung gezeigt. Die Debatte war eine der kürzeren in der Geschichte der Budgetdebatten. Inhaltlich möchte ich nicht auf zu viele einzelne Punkte eingehen, allerdings möchte ich aufgrund der vorhergehenden Voten noch eine Bemerkung zum Thema Wohnen anbringen: Die Stadt hat im letzten Jahr vielleicht fünf Liegenschaften gekauft. Wie man bei 2500 Handänderungen in der Stadt Zürich behaupten will, die Stadt sei preistreibend auf dem Markt – das hat nichts mit Fakten zu tun. Der Rat hat beim Budget da und dort Akzente gesetzt. Er hat das Budget aber im Grossen und Ganzen so belassen, wie es der Stadtrat beantragt hat. Man hat da etwas mehr Geld gesprochen und dort etwas weniger. Der Stadtrat wird die Kürzungen selbstverständlich respektieren, wobei ich nicht ausschliessen kann, dass wir im einen oder anderen Fall mit Nachtragskrediten kommen werden. Was die Perspektive betrifft, so steht jedem frei, diese rosarot oder tiefschwarz zu malen. Das Budget ist nichts für schwache Nerven oder Gesundheitsbeter. Das habe ich bereits zu Beginn der Budgetdebatte gesagt. Ich habe in der Vorbereitung nochmals die Medienmitteilung der FDP zur Rechnung 2019 gelesen. Wenn man sieht, was dort prognostiziert wurde, bleibe ich nach der Prognose, die wir uns heute von der FDP anhören mussten, ganz ruhig. Nichts von dem, was damals prognostiziert wurde, ist eingetroffen. Zu den Zahlen: Der Rat hat die Erfolgsrechnung im Budget der Stadt Zürich um 19,05 Millionen Franken auf 192,05 Millionen Franken verschlechtert. Die Investitionsrechnung wurde um 5,8 Millionen Franken auf 1,314 Milliarden Franken verschlechtert. Dies ist das Budget für das kommende Jahr. Wir werden sehen, wie es herauskommt. Es ist bekannt, dass ich nicht

sehr pessimistisch bin. Es ist auch bekannt aus dem Vergleich des Finanz- und Aufgabenplans, dass wir im langjährigen Schnitt eine Verbesserung von rund 110 Millionen Franken zwischen Budget und Rechnung haben. Von daher mache ich mir keine Sorgen, dass unser Eigenkapital in jenem Ausmass schmelzen wird, wie es der FAP ausweisen muss. Ich bedanke mich im Namen des Stadtrats für die sachliche und konstruktive Debatte. Ich danke auch den Mitarbeitenden von HRZ und der Finanzverwaltung, die alle Beschlüsse akribisch festgehalten haben.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 2:

Felix Moser (Grüne): *Mit diesem Dispositivpunkt ermächtigen wir den Stadtrat, den Kredit für das städtische Lohnsystem, der momentan noch pauschal für die gesamte Stadtverwaltung im Budget eingestellt ist, später auf die einzelnen Dienstabteilungen zu übertragen. Die RPK beantragt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
-------------	--

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 3:

Felix Moser (Grüne): *Wir kommen zur Festsetzung des Steuerfusses für 2022. Seit 2008 befindet sich der Steuerfuss der Stadt Zürich stabil auf dem Niveau von 119 Prozent. Die RPK ist einstimmig der Ansicht, dass der vom Stadtrat vorgeschlagene Steuerfuss von 119 Prozent richtig ist und nicht verändert werden muss. Es ist trotz des Aufwandüberschusses keine Erhöhung des Steuerfusses angezeigt, denn die Stadt verfügt über ein hohes Eigenkapital. Aber auch eine Steuersenkung wäre momentan angesichts des soeben genehmigten Budgets falsch.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 4:

Renate Fischer (SP): Die RPK hat das Budget der Stiftung PWG geprüft. Das Budget für das kommende Jahr weist einen Aufwand von rund 32,8 Millionen Franken auf. Es sind Einnahmen in der Höhe von 42 Millionen Franken vorgesehen und Investitionen in der Höhe von rund 47 Millionen Franken. Der wachsende Bestand an Liegenschaften führt dazu, dass im kommenden Jahr bei der Stiftung PWG neue Stellen geschaffen werden sollen. Zudem sind verschiedene Digitalisierungsvorhaben geplant, wie zum Beispiel beim Daten- und Archivmanagement, beim Bauprojekt- und Portfoliomanagement und bei der Bewirtschaftung. Die RPK beantragt einstimmig, das Budget der Stiftung PWG zu genehmigen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommisionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 5:

Renate Fischer (SP): Die RPK hat das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien geprüft. Für das kommende Jahr rechnet die bereits 1924 gegründete städtische Stiftung, die rund 500 Wohnungen an Familien mit mindestens drei Kindern vermietet, mit einem Aufwand von 9,1 Millionen Franken und einem Ertrag von 9,9 Millionen Franken. Es sind Investitionen von rund 4,5 Millionen Franken geplant. Die Mehrheit der RPK beantragt, das Budget der Stiftung für das Jahr 2022 zur Kenntnis zu nehmen.

Johann Widmer (SVP): Wir finden, dass es bereits zahlreiche subventionierte Wohnungen gibt, die auch für kinderreiche Familien verwendet werden können. Die Gelder der Stadt sollten sinnvoller ausgegeben werden. Die SVP nimmt deshalb das Budget der Stiftung für kinderreiche Familien ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2022 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 6:

Alan David Sangines (SP): *Die Stiftung Alterswohnungen ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung mit 35 Siedlungen und 2000 preisgünstigen, altersgerechten Wohnungen. Wir haben das Budget geprüft. Der Aufwand beträgt knapp 40 Millionen Franken und der Ertrag etwas mehr als 40 Millionen Franken. Die RPK hält das Budget für sinnvoll und bittet den Rat einstimmig, das Budget zur Kenntnis zu nehmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 7:

Renate Fischer (SP): Die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen ist die jüngste der städtischen Stiftungen. Die RPK hat das Budget geprüft. Für 2022 wird mit einem Aufwand von knapp 2 Millionen Franken gerechnet. Wie bereits im laufenden Jahr rechnet die Stiftung mit einem Defizit in der Höhe von rund 90 000 Franken und plant Investitionen in der Höhe von 20 Millionen Franken. In den Rückfragen zum Budget zeigte sich aber auch, dass die jeweils frühe Budgeterstellung im Juni dazu führt, dass zwischen Budget und Rechnung eines Jahres mit grossen Abweichungen zu rechnen ist. Die Stiftung kann im Gegensatz zu den städtischen Dienstabteilungen ihr Budget nicht nachträglich mit Nachtragskrediten oder Novemberbrief anpassen. Es zeigt sich bei den Schwankungen auch, dass die Stiftung noch im Aufbau ist. Erfreulich ist, dass die städtischen Stiftungen einen Erfahrungsaustausch pflegen, so etwa zur Beschaffung von neuer Software. Die Mehrheit der RPK beantragt, das Budget der Stiftung für das Jahr 2022 zur Kenntnis zu nehmen.

Johann Widmer (SVP): Wir machen bei diesen verschiedenen Stiftungen Doppelspurigkeiten aus. Es kommt vor, dass verschiedene Institutionen in der Stadt um die gleichen Grundstücke und Liegenschaften konkurrieren. Dadurch werden einfach mehr Gelder – in diesem Fall Steuergelder – in den bereits überhitzten Immobilienmarkt gepumpt. Die Frage lautet auch, wie man gleichzeitig ökologisch und günstig wohnen kann. Ökologie hat ihren Preis. Wir stellen in diesem Punkt einen Widerspruch fest. Wir nehmen das Budget im vorliegenden Fall ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2022 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 8:

Cathrine Pauli (FDP): Die RPK hat das Budget geprüft und stimmt ihm zu. Es gibt ein Minderheitsvotum durch die SVP.

Johann Widmer (SVP): Die SVP steht der Asyl-Organisation grundsätzlich ablehnend gegenüber und nimmt daher das Globalbudget ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2022 mit zwei Produktgruppen wird vorbehaltlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Cathrine Pauli (FDP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit:	Cathrine Pauli (FDP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2022 werden genehmigt.
b) Die Produktgruppen-Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2022 werden genehmigt.

2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, von Fr. 23 691 100.– nach erfolgter Lohnrunde 2022 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2022 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2022 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 22. Dezember 2021 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

4732. 2021/369

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen, Darlehen oder Kassenscheinen im Jahr 2022

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2022 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1300 Millionen Franken Anleihen langfristige Darlehen oder Kassascheine aufzunehmen. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Felix Moser (Grüne): *Mit der vorliegenden Weisung beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, dass die für das Jahr 2022 benötigten Mittel aufgenommen werden können. In der Weisung ist die Berechnung dieser Mittel aufgeführt. Aus der betrieblichen Tätigkeit fliessen der Stadt Mittel in der Höhe von rund 350 Millionen Franken zu. Um die Investitionen zu finanzieren, werden rund 1400 Millionen Franken benötigt. Zudem wird im kommenden Jahr die Rückzahlung einer Anleihe im Umfang von 400 Millionen Franken fällig. Daraus ergibt sich ein Kapitalbedarf von 1300 Millionen Franken. Die Minderheit möchte diesen Betrag leicht reduzieren. Für die Mehrheit gibt es keinen Anlass dazu. Der Stadtrat geht bei der Aufnahme von Anleihen jeweils sorgfältig um und handelt nicht überstürzt. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat auch im kommenden Jahr im Rahmen der Ermächtigung nur so viel Geld wie nötig aufnehmen wird. Die Mehrheit der RPK bittet den Rat, der Weisung zuzustimmen.*

Kommissionsminderheit:

Susanne Brunner (SVP): *Die Minderheit beantragt auch in diesem Punkt, Mass zu halten und beantragt eine Reduktion des Betrags auf 1127 Millionen Franken. Wir bedanken uns für die Unterstützung dieses Antrags.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2022 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von ~~1300~~1127 Millionen Franken Anleihen langfristige Darlehen oder Kassascheine aufzunehmen. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2022 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1300 Millionen Franken Anleihen langfristige Darlehen oder Kassascheine aufzunehmen. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. Dezember 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 21. Februar 2022)

4733. 2021/179

Weisung vom 21.04.2021:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Borrweg, Ersatzneubau, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Ersatzneubau der Schulanlage Borrweg, Quartier Friesenberg, wird ein Objektkredit von Fr. 83 300 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Natalie Eberle (AL): *Im Einzugsgebiet der Schule Borrweg wird sich aufgrund der Bautätigkeit im Quartier Friesenberg das konstante Wachstum der Schülerinnen und Schüler auch in den nächsten Jahren fortsetzen, insbesondere auch durch die Bautätigkeit der Familienheim-Genossenschaft. Diese sieht gemäss ihrem Masterplan eine schrittweise Erneuerung ihrer Wohnbauten vor. Bis 2050 soll es 500 bis 700 neue Wohnungen geben. Mittelfristig prognostiziert die Fachstelle für Schulraumplanung einen weiteren Anstieg auf bis zu 30 Klassen. Die rund 45 Jahre alte Schulanlage Borrweg mit einer Schwimmanlage und einer Einfachsporthalle soll durch einen 18 Klassen umfassenden Neubau ersetzt werden. Ebenso soll mehr Raum für die Musikschule entstehen. Es soll eine Mensa mit Raum für rund 400 Kinder geben. Dort können die Kinder dann hoffentlich in der zukünftigen Tagesschule essen. Die Erstellungskosten für das Schulhaus belaufen sich auf 72,4 Millionen Franken. Einschliesslich der Reserven wird ein Objektkredit von 83,3 Millionen Franken beantragt. Die Schulanlage Borrweg ist instandsetzungsbedürftig. Die Gebäudehülle, das Flachdach, die Fassade, Fenster sowie Wärmeerzeugung, Sanitär- und Elektroanlagen sind in einem schlechten Zustand und bedürfen einer umfassenden Instandsetzung. Dies lohnt sich angesichts des Alters des Gebäudes jedoch nicht mehr. Zur Ausarbeitung eines Bauprojekts für einen Ersatzneubau der Schulanlage haben wir im Rat bereits einen Kredit von 6,6 Millionen Franken beschlossen, damit vorab möglichst rasch Schulprovisorien erstellt werden können. Dadurch können die Schülerinnen und Schüler im Sommer 2022 – nach der Volksabstimmung – dort zur Schule gehen, die Bauarbeiten für den Ersatzneubau können im Sommer 2023 beginnen und in den Jahren 2025 und 2026 kann das neue Schulhaus bezogen werden. Aufgrund der Altlastensanierung, die sich als notwendig herausgestellt hat, und durch die komplexe Baugrubensicherung und die tiefere Pfahlfundation, ist mit einem erheblichen Mehraufwand sowohl finanziell – es geht um Mehrkosten in der Höhe von rund 5 Millionen Franken – als auch zeitlich zu rechnen. Die Bauarbeiten verlängern sich voraussichtlich um acht Monate. Um den geplanten Bezugstermin des Ersatzneubaus einhalten zu können, muss der Baubeginn entsprechend vorverschoben werden. Das Projekt sieht einen fünfgeschossigen Baukörper vor, der in der Längsseite parallel zum Borrweg verläuft und hangwärts zum Schulhaus Friesenberg einen linearen Raum aus Terrassen bildet. Dies trägt zu einem schonenden Umgang mit den Landressourcen bei und lässt die für das Stadtklima relevanten Kaltluftströme frei passieren. Die Bepflanzung der Aussenräume leistet nicht nur für die Biodiversität einen wichtigen Beitrag, sondern in Kombination mit den Brise Soleil der Fassade auch zur Hitzeminderung der Schulanlage. Es ist ein rundum gelungenes Projekt. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt, diesem Objektkredit zuzustimmen.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag:

Stefan Urech (SVP): Es geht um den Änderungsantrag bezüglich der Anzahl Autoparkplätze und die Erstellung eines Mobilitätskonzepts. Wir werden noch erfahren, weshalb es dieses geben soll. Wir befinden uns in der Mehrheit, es ist aber nur eine fiktive Mehrheit, die bald zerbröckeln wird. Es geht darum, dass die Grünen – wie bei jedem Schulhaus – ein Mobilitätskonzept fordern. Der Stadtrat hat uns erklärt, weshalb es dieses nicht dringend braucht. Wir sind der Meinung, dass eine autoarme Nutzung nicht sein muss. Parkplätze bei Schulhäusern sind notwendig für Lehrer, die nicht in der Stadt wohnen und einen langen Arbeitsweg bis in die Stadt haben. Aktuell herrscht in der Stadt Zürich ein gravierender Lehrermangel. Dieser ist akut. Die Grünen scheinen nicht zu sehen, dass man angesichts dieser Lage nicht zwischen – aus Sicht der Grünen – «guten» Lehrern, die nicht mit dem Auto kommen, und den anderen Lehrern, die vom Land oder von weither anreisen und auf das Auto angewiesen sind, auswählen kann. Angesichts des Lehrermangels sollte man nicht wählerisch sein. Der Änderungsantrag sollte abgelehnt werden.

Urs Riklin (Grüne): Die SVP und FDP wechseln sich beim Nichtstun hinsichtlich der Klimateffizienz ab. Sie möchten lieber, dass der CO₂-Ausstoss wie bis anhin weitergeht oder vielleicht sogar zulegen kann. Wir Grünen sind der Meinung, dass Kinder auf ein Schulareal gehören, nicht Autos. Deshalb verlangen wir für jedes Schulhaus, das umgebaut oder neu erstellt wird, dass eine autoarme Nutzung vorgesehen wird und nur ein Minimum an Autoparkplätzen auf dem Schulareal realisiert wird.

Weitere Wortmeldungen:

Simone Hofer Frei (GLP): Wir stimmen der Vorlage des Stadtrats zu, lehnen aber die Dispoänderung zu den Parkplätzen ab. Wir sind der Meinung, dass ein zusätzliches Mobilitätskonzept keinen Nutzen bringt und dies die Verwaltung lediglich Zeit und Geld kostet. Diese Zeit und dieses Geld können in der Verwaltung sinnvoller eingesetzt werden.

Natalie Eberle (AL): Beim Schulhaus Borweg hat es bereits heute zu wenig Parkplätze. Nach der Vergrösserung wird die Schule gesamthaft über das ganze Areal 30 Klassen umfassen und es werden bei weitem nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Aus dieser Sicht macht es bei diesem Schulhaus keinerlei Sinn, dass man Parkplätze abbaut. Die Anzahl Parkplätze liegt ohnehin bereits unter dem Minimum.

Martin Götzl (SVP): Die SVP begibt sich aus der Enthaltung in die Ablehnung. Mit 100 Räumen – für uns ein enthemmtes Raumprogramm – für 83,3 Millionen Franken ist dieser Bau nicht zweckmässig, sondern ein Verwirklichungsbau und eine verfehlte rot-grüne Schulpolitik. Als Berufsschullehrer kenne ich die vielschichtigen Bedürfnisse bestens, die an eine Schulinfrastruktur gestellt werden. Notwendig sind Zweckbauten. Nicht notwendig sind Verwirklichungsbauten oder gar Schickeria-Paläste. Wer an ein Schulhaus denkt, denkt an Klassenzimmer, Werkräume, Turnhallen, ein Lehrerzimmer und allenfalls an Räume für Hausdienst und Technik. Das vorliegende Schulhaus für 18 Klassen soll weit über 100 Räume beinhalten. Dies entspricht 6 Räumen pro Klasse. Die Baukosten pro Klasse liegen somit weit höher als bei einer Luxusvilla, nämlich bei rund 4 Millionen Franken. Es sollen zahlreiche Gruppenräume, Therapieräume und vieles mehr realisiert werden. Frühere Schulhäuser kamen mit der Hälfte des Raumes aus, der nun gebaut, unterhalten, beheizt und gereinigt werden muss, und sie konnten dadurch bei gleicher Fläche mehr Aussen-, Bewegungs- und Grünraum bieten. Für Rot-Grün scheint es am wichtigsten zu sein, dass das Schulhaus klimaangepasst gebaut wird. Ein

Hauptanliegen war, dass das Gebäude längs und nicht quer zum Hang steht, um die sogenannten Fallwinde nicht zu blockieren. Mit dem Projektierungskredit haben sie ein Schulhaus für 66 Millionen Franken beantragt. Nun haben wir eine stattliche Schulhausvorlage für 83,3 Millionen Franken. Zur Erinnerung: Schulhäuser sollten Zweckbauten und keine Paläste sein. Zusätzliche Räume für Gruppentherapien, Einzel- und Gruppenbeschulungen führen zu einem Rattenschwanz mit sehr viel Hilfs- und Stützpersonal, mit Therapeuten, Heilpädagogen, Sozialarbeitern und Klassenassistenten. Es ist seit Jahren im Budget sichtbar, dass ein exorbitantes Stellenwachstum entsteht. Die Quintessenz: Wir haben im Jahr 2022 tiefrohe Zahlen, eine Aufnahme von weiteren 1,3 Milliarden Franken Fremdkapital und einen aufgetürmten Schuldenberg. Innerhalb wenigen Jahren werden in der Stadt Zürich nach dem Gusto der linksgrünen Mehrheit und der Lifestyle-Parteien 1,8 Milliarden Franken in Schulhausbauten mit schwindelerregenden Raumprogrammen investiert. Dazu möchte ich zwei exemplarische Beispiele aus der verfehlten Schulpolitik nennen, die die Masslosigkeit illustrieren. Erstens: Im Jahr 2019 waren annähernd 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler von einer sonderpädagogischen Massnahme betroffen. Von 33 583 Schulkindern waren 20 172 Kinder davon betroffen. Zweitens: Die Kapazität der Musikschule wird exorbitant hochgeschraubt, aber nicht nachfrage-/bedarfsorientiert, sondern angebotsorientiert. Im Jahr 2009 haben 5612 Schülerinnen und Schüler Musikunterricht genommen. Zehn Jahre später hat sich diese Zahl beinahe verdoppelt. Bereits 9234 Schülerinnen und Schüler erhalten Musikunterricht. Dafür wird entsprechender Schulraum benötigt. Im Schulhaus Borrweg sollen üppige 6 Musikzimmer entstehen. In anderen Schulhäusern gibt es gar eine Konzertsaalinfrastruktur. SP-Kreisschulpräsident Roberto Rodriguez hat dazu festgehalten: «Die MKZ bekommt im Borrweg quasi ein eigenes Musikzentrum.» Zur Erinnerung: Schulhäuser sollten Zweckbauten und keine Paläste sein.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir teilen die von der SVP genannten Bedenken bezüglich des Schulhauses. Ich habe dieselben Punkte bereits damals beim Projektierungskredit erwähnt. Wir Gemeinderäte sollten uns besser bewusst sein, welche Auswirkungen unsere Bestellungen haben. Ich fordere ein kritisches Hinterfragen, ob wirklich jeder einzelne Raum in diesem Schulhaus benötigt wird, um gute Bildung zu gewährleisten. Zweitens fordere ich eine vermehrte Mehrfachnutzung von Räumen. Es wird zwar in der Weisung erwähnt, dass die Räume mehrfach genutzt werden. Ich spreche aber auch von Räumen für die Schulverwaltung, Garderoben und Sitzungszimmer. Diese Räume sind nicht den ganzen Tag belegt. Man kann sie deshalb noch besser mehrfach nutzen. Das bedingt natürlich auch eine flexiblere Möblierung. Dies fordern wir schon lange. Je mehr Innenräume wir haben, desto weniger Aussenraum und weniger Platz bleibt übrig. Gerade der Aussenraum wird insbesondere durch die Grünen gefordert. Mehr Platz draussen zum Spielen – ich kann diesem Anliegen voll und ganz beipflichten. Deshalb fordern wir mehr Aussenräume und weniger Innenräume. Die Aussenräume bringen den Kindern viel mehr. Schlussendlich dienen die Schulbauten dem Zweck, gute Bildung zu gewährleisten, und nicht, Bildungspaläste zu schaffen. Bildung ist aus unserer Sicht wichtiger als Beton. Wir müssen der Bildung Sorge tragen. Trotz diesen kritischen Anmerkungen, die ich bei fast jedem neu gebauten Schulhaus in dieser Stadt erwähnen könnte, stimmen wir dem Schulhaus zu, da wir den Schulraum benötigen.

Martin Götzl (SVP): Ich werde mein vorheriges Votum noch zu Ende führen. Schulhäuser sollten Zweckbauten und keine Paläste sein. Die permanenten Experimente im Bildungsbereich führen zu explodierenden Kosten und belasten auch das Schulumfeld. Nur ein Bruchteil der Ausgaben im Bildungsbereich kommt der Kernaufgabe, nämlich der Schule, zugute. Wir fordern, dass die finanziellen Mittel in die Wissensvermittlung investiert werden. Wir wollen Klassenzimmer, nicht massenhaft Musikzimmer. Wir wollen Räume, in denen gelernt wird, nicht Räume, in denen junge Menschen massenhaft

zu Therapierten gemacht werden. Die SVP unterstützt im Grundsatz den Bau von Klassenzimmern. Wir unterstützen zweckmässige Schulinfrastruktur. Aber wir kritisieren die verfehlte rot-grüne Schulpolitik vehement. Die Entwicklung, insbesondere den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler und somit die zukünftigen Arbeitsmarktchancen der Jugendlichen, betrachten wir differenziert und mit Sorge. Wir haben miserable PISA-Resultate, schlechte Resultate im interkantonalen Vergleich, dafür immer mehr «Zappelfritze». Wir lehnen die verfehlte rot-grüne Politik, das enthemmte Raumprogramm und die nicht zweckmässigen Verwirklichungsbauten ab. Wir lehnen somit auch die vorliegende Vorlage ab und fordern den Stadtrat und die Gemeinderats-Mehrheit auf, künftig zweckmässige Schulhausbauten zu entwickeln und zu bauen. Wir fordern eine Schulpolitik zugunsten des Lernerfolgs und der Arbeitsmarktchancen unserer Kinder.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Die zu erstellende Anzahl an Autoparkplätzen wird, gestützt auf ein Mobilitätskonzept gemäss Art. 8 Parkplatzverordnung (PPV), für eine autoarme Nutzung auf das Minimum reduziert.

Mehrheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Minderheit:	Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
Enthaltung:	Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Shaibal Roy (GLP)
Abwesend:	Christina Horisberger (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 53 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Natalie Eberle (AL), Referentin; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Enthaltung:	Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend:	Christina Horisberger (SP)

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird der Antrag des Stadtrats (neue Dispositivziffer 1) mit einer Dispositivziffer 2 ergänzt.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt den bereinigten Dispositivziffern 1–2 mit 92 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

(Ordnungsantrag siehe Seite 37)

Damit ist beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Für den Ersatzneubau der Schulanlage Borrweg, Quartier Friesenberg, wird ein Objektkredit von Fr. 83 300 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.
2. Die zu erstellende Anzahl an Autoparkplätzen wird, gestützt auf ein Mobilitätskonzept gemäss Art. 8 Parkplatzverordnung (PPV), für eine autoarme Nutzung auf das Minimum reduziert.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. Dezember 2021 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

4734. 2021/246

Weisung vom 09.06.2021:

Immobilien Stadt Zürich, Einbau einer Sekundarschule im Radiostudio Brunnenhof, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Einbau einer Sekundarschule, eines schulkreisübergreifenden Zentrums von Musikschule Konservatorium Zürich und den neuen Standort der Kreisschulbehörde Waidberg im Radiostudio Brunnenhof, sowie die Gebäudeentschädigung wird ein Objektkredit von 82,2 Millionen Franken bewilligt. Der Kredit für die baulichen Massnahmen erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Zürcher Index der Wohnbaupreise, Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Ziffer A. übernimmt die Stadt ein selbstständiges und dauerndes Baurecht zu Lasten des Grundstücks Kat.-Nr. UN4353 für den Einbau einer Sekundarschule in das Radiostudio Brunnenhof mit einer Baurechtsdauer von 50 Jahren und einem Baurechtszins von jährlich Fr. 420 000.–, gestützt auf den am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen (Beilage 1). Der dem Baurechtszins zugrundeliegende Landwert wird alle fünf Jahre zu 80 Prozent der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst (Preisstand: Zeitpunkt des Vertragsvollzugs).
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die beiden Optionen zur Verlängerung der Baurechtsdauer um zwei Mal 25 Jahre gemäss dem am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen auszuüben.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2021/246 und 2021/442.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Stefan Urech (SVP): Seit rund 90 Jahren sendet SRG/SRF vom Radiostudio aus. Der historische Gebäudekomplex wurde 1933, 1937 und 1967 in drei verschiedenen Etappen erbaut. Es waren Architekten mit klingenden Namen wie Otto Dürri, Willy Roost oder Max Bill beteiligt. Der letzte Bau war das Hochhaus, das man vom Tram aus am besten sieht. Es war ursprünglich als Berufsschule geplant worden, wurde dann aber als Bürohaus genutzt. 55 Jahre später soll nun in diesem Turm doch noch Pädagogik Einzug halten. Die Radiostudios werden in das Fernsehstudio Leutschenbach verlegt. Die Stadt Zürich benötigt Land, um den Schulraumbedarf decken zu können. Sie darf das Grundstück nun für 100 Jahre im Baurecht übernehmen. Im Dezember 2022 soll es soweit sein. Der Standort soll hauptsächlich als Sekundarschulstandort für insgesamt 15 Klassen und rund 460 Schülerinnen und Schüler genutzt werden. Der Standort soll aber nicht nur Platz für Schulklassen bieten, sondern auch Platz für ein schulübergreifendes Zentrum für die Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) und auch zusätzlichen Raum für die Kreisschulpflege Waidberg, die an ihrem aktuellen Standort in Platznot kommt. Mit der vorliegenden Weisung wird der Stadtrat auch einem Vorstoss der SVP gerecht, in dem gefordert wird, dass man sich, statt neue Schulgebäude zu bauen, bevorzugt in bestehende Räumlichkeiten einmieten soll. Diese Forderung wird im vorliegenden Fall umgesetzt. Der Gebäudekomplex soll in drei Etappen umgebaut werden. In der ersten Etappe werden 15 Klassenzimmer im Turm erstellt. Die Musiksäle, in denen Konzerte stattgefunden haben, können künftig gut von der Musikschule verwendet werden. In einer zweiten Etappe, über die wir heute noch nicht abstimmen, die aber zum Gesamtprojekt gehört, soll der etwas hinter dem Büroturm liegende Sendetrakt ersetzt werden. Es handelt sich beim Sendetrakt um das einzige Gebäude, das nicht unter Denkmalschutz steht. Dieses Gebäude soll durch einen Neubau ersetzt werden. Dies hat in der Kommission von links bis rechts für Stirnrunzeln gesorgt. Im grossen Bürogebäude würden Schulklassen unterrichtet werden, während es nebenan eine Baustelle gibt, auf der ein Gebäude abgerissen und ein ganz neues Gebäude aus dem Boden gestampft wird. Dies wird zu erheblichem Lärm führen. In meinem Schulhaus, in dem ich unterrichte, wird im Stockwerk oberhalb meines Klassenzimmers gebaut. Baulärm während des Unterrichts ist extrem mühsam. Ich bin gespannt, wie die Kreisschulpflege diese Herausforderung lösen wird. Die dritte Etappe wird aus der Gesamtinstandsetzung bestehen. Wir stimmen heute aber nur über die erste Etappe ab. Das Grossprojekt ist notwendig, weil der Schulraumbedarf in den nächsten acht Jahren im Schulkreis Waidberg um 25 Prozent, im Schulkreis Glattal um 21 Prozent steigen wird. Auch die MKZ platzt aus allen Nähten. Die Auditorien und Musikräumlichkeiten eignen sich übrigens auch sehr gut für Auftritte des Zurich Jazz Orchestra. Sie wurden bereits jetzt dafür verwendet, ebenso wie vom Collegium Novum, das wie das Zurich Jazz Orchestra ebenfalls von der Stadt unterstützt wird. Die Schulzimmer im Bürogebäude werden in Cluster-Form gebaut, so dass man verschiedene Räumlichkeiten unterschiedlich nutzen kann. So zum Beispiel kann ein Gruppenraum auch als Klassenzimmer genutzt werden und umgekehrt. Die Räumlichkeiten der Kreisschulpflege werden mit dem Konzept worksmart@zurich gebaut, mit Desk-Sharing und so weiter. Es wird alles auf dem neusten Stand und gut durchdacht sein. Zu den Aussenanlagen: Es soll verschiedene sportliche Möglichkeiten geben wie zum Beispiel Kletterwürfel, Zürichfit-Anlagen oder Parcours-Elemente und viele weitere Elemente. Zudem werden 29 Autoparkplätze und 180 Veloparkplätze entstehen. Zu den Kosten: Insgesamt geht es um einen Objektkredit von 82,2 Millionen Franken. Davon sind 58,2 Millionen Franken für Umbauten und 24 Millionen Franken für die Gebäudeentschädigung vorgesehen. Das Baurecht kostet jährlich 420 000 Franken. Die Kommission hat das Geschäft beraten, die dazugehörigen Fragen gestellt und empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag / Kommissionsreferent Schlussabstimmungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Das Areal Brunnenhof liegt gemäss der Fachplanung Hitzeminderung im Massnahmegebiet 2. Das heisst, dass tagsüber eine Verbesserung der klimatischen Situation notwendig ist. Im Bauprojekt Brunnenhof Phase 1 sind deshalb gewisse Massnahmen zur Hitzeminderung vorgesehen. Beispielsweise wird der Versiegelungsgrad der Aussenflächen auf dem Areal Brunnenhof reduziert. In Ergänzung dazu beantragen wir Grünen, dass die Dächer der verschiedenen Gebäude klimaökologisch begrünt werden. Dies dient nicht nur dem Stadtklima, sondern auch der Biodiversität und der ökologischen Vernetzung. Es dient auch der Hitzeminderung im Inneren des Gebäudes. Über die Auswirkungen der Hitze im Schulhaus kann ich aus erster Hand berichten. Ich habe jahrelang in einem Schulhaus mit unbegrüntem Flachdach und in Schulzimmern, die unmittelbar unter dem Dach liegen, gearbeitet. Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler leiden dort an heissen Sommertagen stark unter der Hitze. Das Lernen ist beeinträchtigt. Die Jugendlichen können sich im Unterricht kaum noch konzentrieren. Eine Dachbegrünung würde solche Situationen verbessern. Das Radiostudio Brunnenhof besteht aus mehreren Gebäuden mit Flachdächern. Der Stadtrat plant, die klimaökologische Begrünung der Dachlandschaft erst 2035 im Rahmen der Bauphase 3 zu prüfen und allenfalls zu realisieren. In Anbetracht der fortschreitenden Klimaerwärmung ist dieser Zeitpunkt zu spät. Die Schülerinnen und Schüler sowie das Schulpersonal sollen von Beginn an von der Hitzeminderung, die von einer begrünter Dachlandschaft ausgeht, profitieren können. Deshalb bitte ich den Rat im Namen der Kommissionsmehrheit, der Dispoänderung zuzustimmen. Die Mehrheit der Kommission hält den Einbau einer Sekundarschule im Radiostudio Brunnenhof für sehr sinnvoll und bittet den Rat, dem Objektkredit und dem Baurechtsvertrag zuzustimmen.

Kommmissionsminderheit Änderungsantrag:

Christian Huser (FDP): Wir lehnen den Dispoänderungsantrag der Grünen ab. Wie wir bei der Vorstellung der Weisung gehört haben, kostet bereits die erste Etappe 82,2 Millionen Franken. Der Bezug soll voraussichtlich im Jahr 2025 stattfinden. Die Inbetriebnahme ist auf das Schuljahr 2025/2026 vorgesehen. Bei der ersten Etappe sollen neben den sonstigen Massnahmen zur Hitzeminderung, wie zum Beispiel die Entsiegelung der Böden, nun noch ergänzend die Dächer der verschiedenen Gebäude begrünt werden, auch wenn diese unter Denkmalschutz stehen. Die Verwaltung hat darauf hingewiesen, dass man dies prüfen könne, aber dass die Massnahme nur temporär umgesetzt werden könne, da in der dritten Etappe die gesamte Gebäudehülle instand gesetzt werden müsse. Es sei zudem fraglich, ob die temporäre Begrünung nach der Sanierung weiterhin genutzt werden könne. Dies müsste gemäss Verwaltung zuerst noch geprüft werden. Somit ist noch gar nichts sicher. Man gibt einfach einmal zusätzlich Geld aus. Davon hat die Stadt genug, wie wir heute im Rahmen der Budgetdebatte gehört haben. Die Grünen bestehen darauf, dass die Begrünung mit dem Dispoänderungsantrag umgesetzt wird. Für ein paar Jahre sollen 200 000 Franken und mehrere 10 000 Franken für den Unterhalt einer Dachbegrünung ausgegeben werden. Wir können nicht verstehen, dass man auf diese Weise mit den Steuergeldern umgeht. Man könnte meinen, das Geld falle vom Himmel. Wir lehnen den Dispoänderungsantrag klar ab.

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat GR Nr. 2021/442 (vergleiche Beschluss-Nr. 4587/2021): Das Begleitpostulat entstand aus der Weisung und bis zu einem gewissen Grad auch aus der Budgetdiskussion. In der Weisung steht in einem Nebensatz, dass die Räume, die durch den Umzug der Kreisschulbehörde Waidberg frei werden, teilweise wieder als Wohnraum und für den Schulpsychologischen Dienst genutzt werden sollen. Wie wir im Rahmen der Budgetberatung gesehen haben, sieht der

Stadtrat für den Ausbau des Schulpsychologischen Diensts aber nicht wirklich Bedarf. Es ist auch nicht klar, warum der Stadtrat beim Schulpsychologischen Dienst nicht vermehrt schulkreisübergreifend zusammenarbeitet. Deshalb ist das Postulat entstanden. Wir fordern, dass der Stadtrat den Schulpsychologischen Dienst über die ganze Stadt hinweg betrachtet und eine entsprechende Zusammenarbeit fördert. Wir sind überzeugt, dass es dann den neuen Standort oder den Ausbau des Standorts nicht brauchen würde und die Räumlichkeiten wieder als Wohnungen genutzt werden können. Zur Weisung: Wir stimmen dem Objektkredit zu und unterstützen den Antrag zur Dachbegrünung aus klimatischen Gründen.

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 1. Dezember 2021 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2021/442: *Das Gebäude der Kreisschulpflege an der Rotbuchstrasse beherbergt nicht nur die Kreisschulpflege, sondern auch den Schulpsychologischen Dienst und meines Wissens auch weitere Nutzungen. Wir sind der Meinung, dass es momentan nicht notwendig ist zu beschliessen, dass dieses Gebäude leergeräumt werden soll. Es stellt sich die Frage, wo die Nutzungen hinkommen sollen. Es handelt sich um einen geeigneten Standort im Schulkreis. Er ist relativ zentral. Wir bitten deshalb darum, dass auf eine Überweisung des Postulats verzichtet wird.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Die SVP wechselt aus der Enthaltung in die Ablehnung. Es geht um 82 Millionen Franken und somit um sehr viel Geld. Eigentlich ist das Projekt zu teuer. Es handelt sich um ein bestehendes Haus. Natürlich muss man 24 Millionen Franken abgeben. Aber der Betrag ist sehr hoch und mit ein Grund dafür, dass wir dem Projekt kritisch gegenüberstehen. Aber nicht nur das: Wenn man die vorgesehenen Räume addiert, ohne die Räumlichkeiten, die für Sport, für die MKZ oder für die Kreisschulpflege eingeplant sind, kommt man auf fast 150 Räume. Davon sind 15 für Klassenzimmer vorgesehen. Diese Zahl macht lediglich 10 Prozent der gesamten Anzahl Räume aus. Dies ist aus unserer Sicht ein ungesundes Verhältnis. Natürlich braucht es Räumlichkeiten für Gruppenräume oder Werkräume, aber es muss auch möglich sein, dass man gewisse Räumlichkeiten für mehrere Aktivitäten nutzen kann oder dass man zum Beispiel Aufenthaltsräume als Gruppenräume einsetzen kann. Es gibt insgesamt 9 Aufenthaltsräume. Man kann sicherlich den einen oder anderen davon auch einmal für Gruppenarbeiten verwenden. Für 15 Klassenzimmer muss dies möglich sein. Die SVP lehnt die Weisung deshalb ab. Nicht, weil wir grundsätzlich gegen das Schulhaus wären, sondern, weil wir mit der diesbezüglichen Planung nicht einverstanden sind.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Zuerst eine kleine Replik auf die Aussagen der SVP: Aufgrund ihrer Aussagen könnte man verunsichert sein, ob tatsächlich zu viele Räume in diesem Schulhaus vorhanden sind. Das Raumprogramm Brunnenhof entspricht jedoch dem Minimum der kantonalen Vorgaben. Die 140 Räume, die die SVP erwähnt hat, beinhalten jede Besenkammer und unter anderem 35 Toiletten. Diese braucht es bei hundert von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen und Betreuungspersonal. Ebenso zählen 20 kleine Reinigungs- und Lagerräume dazu. Es gibt 15 Klassenzimmer und 9 Gruppenräume. Diese braucht es für einen modernen Unterricht. Es gibt 14 Fachzimmer für Naturwissenschaften und technisches und textiles Werken. Diese Räumlichkeiten sind auf der Sekundarstufe notwendig. Die 140 Räume sind das Minimum, das für einen modernen Unterricht auf der Sekundarstufe benötigt wird. Zum Postulat: Wir Grünen begrüssen es grundsätzlich, dass in Zürich zusätzliche bezahlbare Wohnungen entstehen. Im vorliegenden Fall ist aber auch der Raumbedarf des Schulpsychologischen Diensts zu berücksichtigen. Der Schulpsychologische Dienst fühlt sich in seiner*

aktuellen Liegenschaft wohl. Es handelt sich um eine städtische Liegenschaft, die zentral im Quartier und im Schulkreis Waidberg gelegen ist. Der Schulpsychologische Dienst leidet jedoch unter engen Platzverhältnissen. Sämtliche Arbeitsplätze im 2. Stock sind mehrfach belegt. Die Arbeitslast des Schulpsychologischen Diensts hat sich in den vergangenen Jahren erhöht. Das liegt hauptsächlich an der grossen Zunahme der Anzahl Schülerinnen und Schüler im Schulkreis Waidberg. In den letzten acht Jahren ist diese Anzahl um 1600 Schülerinnen und Schüler angestiegen. Das sind 75 Klassen mehr. Aktuell und vielleicht auch in Zukunft ist es so, dass wegen der Corona-Pandemie mehr Verhaltensauffälligkeiten bei den Jugendlichen auftreten und somit mehr Beratungen von Seiten des Schulpsychologischen Diensts nötig sind. Um diese Mehrarbeit zu bewältigen, wurden die Stellen im Schulpsychologischen Dienst Waidberg moderat aufgestockt, ohne dass jedoch zusätzlicher Raum zur Verfügung gestellt wurde. Mit dem Umzug der Kreisschulbehörde Waidberg ins Schulareal Brunnenhof besteht ab 2025 die Gelegenheit, den Raumbedarf des Schulpsychologischen Diensts am bisherigen Ort abzudecken. Diese Möglichkeit sollte die Stadt nutzen. Zumindest sollte sie sich diese Option offenhalten. Eine andere Option wäre der Umzug des Schulpsychologischen Diensts in eine andere städtische Liegenschaft, die mehr Platz bietet. Dabei wäre zu beachten, dass der Schulpsychologische Dienst im Schulkreis verwurzelt bleibt. Der Standort müsste zentral gelegen sowie für Kinder und Eltern gut erreichbar sein. Deshalb sollte der heutige gute Standort mindestens als Option offen bleiben. Dies wird durch die Formulierung im Postulatstext jedoch verunmöglicht. Deshalb schlagen wir Grünen zusammen mit der SP eine Textänderung vor, die die SP noch vorstellen wird.

Lisa Diggelmann (SP): Wenn die Anzahl Schülerinnen und Schüler ansteigt, ist die logische Folge, dass nicht nur der Schulraum erweitert werden muss, sondern auch die mit der Schule zusammenhängenden Angebote mitwachsen müssen. Für uns ist unbestritten, dass der Schulpsychologische Dienst im Schulkreis Waidberg dringend mehr Platz benötigt. Das Gebäude an der Rotbuchstrasse ist an einem sehr zentralen Ort im Schulkreis gelegen, aber als Verwaltungsgebäude nicht ideal, da es beispielsweise nicht barrierefrei zugänglich ist. Die Liegenschaft wurde als Wohngebäude konzipiert. Der bezahlbare Wohnraum in Zürich ist knapp. Wir teilen die Meinung der GLP, dass die bestehenden Büroräumlichkeiten wenn möglich wieder dem Wohnraum zugeführt werden sollten. Dies sollte aber nicht auf Kosten des Schulpsychologischen Diensts oder der Schulgesundheitsdienste erfolgen. Es ist wichtig, dass der Schulpsychologische Dienst niederschwellig gut erreichbar und zentral im Schulkreis gelegen ist. Deshalb schlägt die SP gemeinsam mit den Grünen folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der bisherige Büroraum der Kreisschulpflege Waidberg als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann, sobald der Raumbedarf der Schulgesundheitsdienste im Schulkreis Waidberg abgedeckt ist.»

Ronny Siev (GLP): Ich finde es sehr gut, dass wir nun ein bereits existierendes Gebäude in Schulraum umwandeln konnten. Weniger gut gefiel uns die Textänderung. Wir glauben, dass es den Schulpsychologischen Dienst braucht, aber nicht auf diese Art und Weise. Es gibt andere Optionen wie zum Beispiel den Ort, an den auch die Kreisschulbehörde hinzieht. Deshalb lehnen wir die Textänderung ab. Wir bedanken uns für die Unterstützung unseres Postulats.

4733. 2021/179

Weisung vom 21.04.2021:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Borrweg, Ersatzneubau, Objektkredit

Michael Schmid (FDP) stellt den Ordnungsantrag auf Rückkommen zu TOP 18 und Wiederholung der Abstimmungen (siehe Beschluss-Nr. 4733/2021): Es gibt verschiedene Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Geschäft GR Nr. 2021/179. Ich werde die Unklarheiten an dieser Stelle nicht einzeln aufzählen. Wir beantragen – ohne ein Präjudiz schaffen zu wollen –, dass die Abstimmung zum Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2 sowie die Schlussabstimmung nochmals durchgeführt werden.

Markus Kunz (Grüne) stellt den Ablehnungsantrag: Ich bin der IFK gegenüber eher kritisch eingestellt. Doch es gibt einen klaren, deutlichen IFK-Beschluss zum Vorgehen in einem solchen Fall: Wenn das nächste Geschäft schon lange begonnen hat – und wir befinden uns nun schliesslich bereits in der Schlussabstimmung des nächsten Geschäfts –, ist ein Rückkommen nicht mehr möglich. Michael Schmid (FDP) hat nicht einmal eine Begründung vorgebracht, weshalb die Abstimmungen nochmals durchgeführt werden sollen. Wir haben unsere Vermutungen. Aber es waren bestimmt keine objektiven Details, die es verunmöglicht haben, eine faire Abstimmung durchzuführen. Ich weise das Rückkommen klar zurück. Es ist mit den Gepflogenheiten in diesem Rat keinesfalls konform.

Weitere Wortmeldung:

Mark Richli (SP): Mein Vertrauen in die IFK ist zwar nicht so gross. Ich vertraue aber in die langjährige Vorgehensweise und in die Konventionen im Rat, dass bei einem abgeschlossenen Geschäft, wenn bereits das nächste Geschäft behandelt wird, keine Rückkommensanträge mehr zulässig sind. Das ist in den 20 Jahren, in denen ich im Rat bin, noch nie vorgekommen. Aus meiner Sicht ist nicht einmal der Ordnungsantrag zulässig.

Der Rat lehnt den Antrag von Michael Schmid (FDP) mit 64 gegen 50 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab.

4734. 2021/246

Weisung vom 09.06.2021:

Immobilien Stadt Zürich, Einbau einer Sekundarschule im Radiostudio Brunnenhof, Objektkredit

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Einbau einer Sekundarschule, eines schulkreisübergreifenden Zentrums von Musikschule Konservatorium Zürich und den neuen Standort der Kreisschulbehörde Waidberg im Radiostudio Brunnenhof, sowie die Gebäudeentschädigung und die klimaökologische Begrünung der Dachlandschaft wird ein Objektkredit von 82,282,4 Millionen Franken bewilligt. Der Kredit für die baulichen Massnahmen erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Zürcher Index der Wohnbaupreise, Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP),
Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP)
Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Maya Kägi Götz (SP),
Mark Richli (SP)
Abwesend: Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Dispositivpunkt A

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum bereinigten Dispositivpunkt A.

Zustimmung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Natalie
Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP),
Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend: Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 99 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte B1–B2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten B1–B2.

Zustimmung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Natalie
Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP),
Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend: Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Einbau einer Sekundarschule, eines schulkreisübergreifenden Zentrums von Musikschule Konservatorium Zürich und den neuen Standort der Kreisschulbehörde Waidberg im Radiostudio Brunnenhof, sowie die Gebäudeentschädigung und die klimaökologische Begrünung der Dachlandschaft wird ein Objektkredit von 82,4 Millionen Franken bewilligt. Der Kredit für die baulichen Massnahmen erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Zürcher Index der Wohnbaupreise, Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Ziffer A. übernimmt die Stadt ein selbstständiges und dauerndes Baurecht zu Lasten des Grundstücks Kat.-Nr. UN4353 für den Einbau einer Sekundarschule in das Radiostudio Brunnenhof mit einer Baurechtsdauer von 50 Jahren und einem Baurechtszins von jährlich Fr. 420 000.–, gestützt auf den am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen (Beilage 1). Der dem Baurechtszins zugrundeliegende Landwert wird alle fünf Jahre zu 80 Prozent der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst (Preisstand: Zeitpunkt des Vertragsvollzugs).
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die beiden Optionen zur Verlängerung der Baurechtsdauer um zwei Mal 25 Jahre gemäss dem am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen auszuüben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. Dezember 2021 gemäss Art. 10 und Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 21. Februar 2022)

4735. 2021/442

**Postulat von Ronny Siev (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 10.11.2021:
Nutzung des bisherigen Büroraums der Kreisschulbehörde Waidberg als
Wohnraum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2012/246, Beschluss-Nr. 4733/2021

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4587/2021).

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 1. Dezember 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 49 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 15. Dezember 2021, 17 Uhr.